



# Landtag Mecklenburg-Vorpommern

13. Sitzung (Dringlichkeitssitzung)

5. Wahlperiode

Mittwoch, 14. März 2007, Schwerin, Schloss

Vorsitz: Präsidentin Sylvia Bretschneider, Vizepräsidentin Renate Holznagel und Vizepräsident Andreas Bluhm

## Inhalt

<b>Änderung der Tagesordnung gemäß § 73 Abs. 1 GO LT</b> .....	3	Gesetzentwurf der Landesregierung: <b>Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung eines Nachtrags zum Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2007 und zur Änderung des Gesetzes zur Festlegung der Verbundquoten des Kommunalen Finanzausgleichs in den Jahren 2006 und 2007 (Haushaltsanpassungsgesetz 2007)</b> (Erste Lesung) – Drucksache 5/200 – .....	5
<b>Feststellung der Tagesordnung gemäß § 73 Abs. 3 GO LT</b> .....	3	Gesetzentwurf der Landesregierung: <b>Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes 2007</b> (Erste Lesung) – Drucksache 5/199 – .....	5
Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU und SPD: <b>Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Landesverfassungsschutzgesetzes</b> (Zweite Lesung und Schlussabstimmung) – Drucksache 5/162 – .....	3	Ministerin Sigrid Keler .....	5
<b>Beschlussempfehlung und Bericht des Innenausschusses</b> – Drucksache 5/323 – .....	3	Ministerpräsident Dr. Harald Ringstorff .....	9
Dr. Norbert Nieszery, SPD .....	3	Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS .....	10
Gino Leonhard, FDP .....	4	Minister Jürgen Seidel .....	12
Michael Andrejewski, NPD .....	4	Rudolf Borchert, SPD .....	15
<b>Beschluss</b> .....	5	Toralf Schnur, FDP .....	18
		Dr. Armin Jäger, CDU .....	19
		Udo Pastörs, NPD .....	20
		Mathias Löttge, CDU .....	21
		<b>Beschluss</b> .....	22
		<b>Persönliche Bemerkung des Abgeordneten Michael Roof, FDP, gemäß § 88 GO LT</b> .....	22

Antrag der Fraktionen der SPD und CDU:

**Erhalt des Bundespolizei-  
und -fortbildungszentrums Ost  
(BPOLAFZ) am Standort Neustrelitz**

– Drucksache 5/262 – ..... 23

**Änderungsantrag der Fraktion  
der Linkspartei.PDS**

– Drucksache 5/340 – ..... 23

Dr. Norbert Nieszery, SPD ..... 23

Minister Lorenz Caffier ..... 24

Torsten Koplín, Die Linkspartei.PDS ..... 25

Vincent Kokert, CDU ..... 26

Dr. Klaus-Michael Körner, SPD ..... 26

Michael Andrejewski, NPD ..... 27

Beate Schlupp, CDU ..... 27

B e s c h l u s s ..... 27

**Nächste Sitzung**

Mittwoch, 28. März 2007 ..... 27

**Beginn: 10.03 Uhr**

**Präsidentin Sylvia Bretschneider:** Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich begrüße Sie zur 13. Sitzung des Landtages. Die Abgeordneten der Fraktionen der SPD und CDU haben gemäß Paragraf 72 Absatz 4 unserer Geschäftsordnung die heutige Dringlichkeitssitzung verlangt. Ich stelle fest, dass der Landtag ordnungsgemäß einberufen wurde und beschlussfähig ist. Die Sitzung ist eröffnet. Die vorläufige Tagesordnung der 13. Sitzung liegt Ihnen vor.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, von den Fraktionen der CDU und SPD liegt Ihnen auf Drucksache 5/262 ein Antrag zum Thema „Erhalt des Bundespolizeiaus- und -fortbildungszentrums Ost am Standort Neustrelitz“ vor. Im Ältestenrat ist vereinbart worden, die vorläufige Tagesordnung um diesen Antrag gemäß Paragraf 73 Absatz 1 unserer Geschäftsordnung zu erweitern und als Tagesordnungspunkt 3 in der heutigen Sitzung zu beraten. Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch. Damit gilt die Tagesordnung der 13. Sitzung gemäß Paragraf 73 Absatz 3 unserer Geschäftsordnung mit dieser Erweiterung als festgestellt.

Bevor wir in die Tagesordnung eintreten, möchte ich an dieser Stelle ganz herzlich den neuen Vorsitzenden des Sejmik der Woiwodschaft Westpommern Herrn Dr. Michał Łuczak und die übrigen Mitglieder des Präsidiums sowie den Vorsitzenden des Ausschusses für Entwicklung, Förderung und internationale Zusammenarbeit herzlich hier im Landtag Mecklenburg-Vorpommern begrüßen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, CDU, Linkspartei.PDS und FDP)

Seien Sie uns herzlich willkommen!

Ich darf Ihnen bekannt geben, dass für den zum Bürgerbeauftragten gewählten Abgeordneten Herrn Schubert der Abgeordnete Vincent Kokert seit dem 8. Februar 2007 erneut Mitglied des Landtages ist. Herr Kokert, ich begrüße Sie ebenfalls sehr herzlich.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, CDU und Linkspartei.PDS)

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 1:** Zweite Lesung und Schlussabstimmung des Gesetzentwurfes der Fraktionen der CDU und SPD – Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Landesverfassungsschutzgesetzes, auf Drucksache 5/162, hierzu die Beschlussempfehlung und den Bericht des Innenausschusses auf Drucksache 5/323.

**Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU und SPD:**

**Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Landesverfassungsschutzgesetzes**

(Zweite Lesung und Schlussabstimmung)

– **Drucksache 5/162** –

**Beschlussempfehlung und Bericht des Innenausschusses**

– **Drucksache 5/323** –

Das Wort zur Berichterstattung hat der Vorsitzende des Innenausschusses, der Abgeordnete Dr. Norbert Nieszery.

**Dr. Norbert Nieszery, SPD:** Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! In seiner 12. Sitzung am 1. Februar 2007 hat der Landtag Mecklenburg-Vorpommern

diesen Gesetzentwurf dem Innenausschuss sowie dem Europa- und Rechtsausschuss überwiesen und den Innenausschuss als Federführer bestimmt. Damit handelt es sich bei diesem von den Fraktionen der CDU und SPD gemeinsam eingebrachten Gesetzentwurf noch um einen der ersten dieser Wahlperiode. Früh dran ist der Landtag vor allem mit der heutigen Zweiten Lesung nach einer kurzen gemeinsamen Ausschussberatung der beteiligten Ausschüsse. Das ist wichtig, denn der Gesetzentwurf zieht auch Konsequenzen aus der mit dieser Wahlperiode gestiegenen Anzahl der Fraktionen.

Der Innenausschuss empfiehlt dem Landtag, den Gesetzentwurf mit einigen wenigen Maßgaben anzunehmen. Die angesprochenen Änderungen sind alle rein rechtsförmlicher Art.

Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf wird die Parlamentarische Kontrollkommission gestärkt. Dies ist richtig, weil der Landesverfassungsschutz mehr Kompetenzen für die Bekämpfung des weltweiten Terrorismus erhalten hat. Mit den Gesetzesänderungen wird die Regelgröße der Kommission erhöht und es wird über eine Sollvorschrift ausdrücklich die angemessene Vertretung der Opposition vorgesehen. Damit schafft der Landtag eine verbindliche Regelung zur Einbeziehung der Opposition in ein wichtiges parlamentarisches Kontrollgremium.

In der Ausschussberatung ist von einer Fraktion behauptet worden, dieses Gesetz könne dazu dienen, die Opposition von der parlamentarischen Kontrolle auszuschließen. Derartige Äußerungen, meine Damen und Herren, werfen meines Erachtens vielmehr ein deutliches Licht auf die totalitäre Denkweise

(Heiterkeit bei Raimund Borrmann, NPD)

und die sich daraus ableitenden antidemokratischen Handlungsstrategien rechtsextremer Parteien.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und CDU – Michael Andrejewski, NPD:  
Schließen Sie nicht von sich auf andere! –  
Zuruf von Reinhard Dankert, SPD)

Wir Demokraten hingegen bekennen uns nicht nur mit Worten,

(Michael Andrejewski, NPD: Pseudodemokraten!)

sondern auch mit Taten zu den verfassungsrechtlichen Grundprinzipien.

(Zuruf von Stefan Köster, NPD)

Deshalb werden die demokratischen Fraktionen selbstverständlich jederzeit eine Vertretung der Opposition in der Parlamentarischen Kontrollkommission sicherstellen, genau wie das Gesetz es vorsieht.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, lassen Sie es mich noch einmal ganz ausdrücklich betonen: Es ist für unsere Demokratie wichtig, dass eine parlamentarische Kontrolle des Verfassungsschutzes auch durch die Opposition gewährleistet wird. Aber dies heißt nach Auffassung des Innenausschusses nicht, dass jede Oppositionsfraktion in der Parlamentarischen Kontrollkommission vertreten sein muss. Es ist nämlich genauso wichtig für unseren Rechtsstaat, dass die Kontrolle über den Schutz unserer Verfassung eine Aufgabe der verfassungstreuen Parlamentarier bleibt und nicht in die Hände von Verfassungsfeinden gegeben wird.

(Beifall bei Abgeordneten der  
SPD, CDU, Linkspartei.PDS und FDP)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich bitte Sie, der Beschlussempfehlung des Innenausschusses zu folgen und dem Gesetzentwurf mit den vorgesehenen Maßgaben zuzustimmen. – Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der  
SPD, CDU und Linkspartei.PDS)

**Präsidentin Sylvia Bretschneider:** Vielen Dank, Herr Dr. Nieszery.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 30 Minuten vereinbart.

Meine sehr geehrten Herren Abgeordneten der NPD-Fraktion, ich bitte Sie, verfassungsfeindliche Äußerungen hier zu unterlassen und auch Äußerungen, die die Demokratie verunglimpfen.

(Stefan Köster, NPD: Welche  
denn bitte, Frau Präsidentin?)

Als erster Redner hat das Wort der Abgeordnete Herr Leonhard von der Fraktion der FDP.

**Gino Leonhard, FDP:** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Werte Kollegen! Wir wollen es auch als Fraktion ganz kurz machen. Wir haben im Innenausschuss aktiv mitberaten und unterstützen die Änderungen des Landesverfassungsschutzgesetzes. Ich will hier noch mal deutlich darauf hinweisen, dass die PKK bisher auch arbeitsfähig war, denn das wurde insbesondere durch die Fraktion der NPD bemängelt. Das Verfassungsschutzgesetz gilt und damit war eine PKK vorhanden, die entsprechend gearbeitet hat.

(Zuruf von Stefan Köster, NPD)

Ich will deutlich machen, dass wir es begrüßen, dass die Opposition ordnungsgemäß vertreten sein wird. Das wird die FDP hoffentlich dann auch in der PKK sein und wir halten es für zwingend erforderlich, entsprechend unserer Grundrechte die FDP-Fraktion in dieser PKK zu vertreten. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der  
CDU, FDP und Reinhard Dankert, SPD)

**Präsidentin Sylvia Bretschneider:** Vielen Dank, Herr Leonhard.

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Einzelberatung über den von den Fraktionen der CDU und SPD eingebrachten ...

(Der Abgeordnete Michael Andrejewski  
bittet um das Wort.)

Es gibt doch offensichtlich noch eine Wortmeldung vonseiten der Fraktion der NPD. Herr Andrejewski, Sie erhalten das Wort.

**Michael Andrejewski, NPD:** Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Jetzt wollen Sie das Landesverfassungsschutzgesetz ändern, nachdem Sie es monatelang missachtet haben, denn gemäß Paragraf 27 (4) des Landesverfassungsschutzgesetzes hätten für die Mitglieder der Parlamentarischen Kontrollkommission, die nach der Wahl aus dem Landtag ausgeschieden sind, unverzüglich

neue Mitglieder gewählt werden müssen. Was „unverzüglich“ bedeutet, weiß jeder, der seine juristischen Examina nicht auf dem Jahrmarkt geschossen oder im Lotto gewonnen hat:

(Heiterkeit bei  
Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS:  
Wie Sie!)

ohne schuldhaftes Verzögern. Haben Sie verzögert? Lassen Sie mich überlegen – im Oktober war die erste Landtagssitzung, jetzt haben wir März. Das würde ich Verzögerung nennen. Und schuldhaft? Sie hatten Zeit für eine Diätenerhöhung, natürlich, für die Wahl eines ebenso kostspieligen wie überflüssigen dritten Vizepräsidenten des Landtages

(Zuruf von  
Barbara Borchardt, Die Linkspartei.PDS)

und allerlei Anti-NPD-Maßnahmen, die wohl einen Trostpreis darstellen sollten für Ihr Versagen bei dem Versuch, die Wahl der NPD in den Landtag zu verhindern. Sie haben sogar einen NPD-Antrag abgelehnt, die PKK-Mitglieder während der letzten Landtagssitzung nachzuwählen. Das war schuldhaft.

Aber Gesetze sind Ihnen offenbar egal, wie auch die Geschäftsordnung, die bestimmt, dass Beschlüsse des Landtages in den Ausschüssen vorbereitet werden sollen. Was wurde denn in der gemeinsamen Sitzung des Rechts- und des Innenausschusses, die dieser Landtagssitzung vorausging, vorbereitet? Gar nichts! Ohne Wortmeldung zur Sache haben Sie die Angelegenheit durchgepeitscht und damit die Ausschüsse zur Farce gemacht. Der Bericht des Herrn Nieszery hier war wirklich mehr als überflüssig. Da gab es nichts zu berichten.

Die Gesetzesänderung selbst ist Pfuscharbeit. Einerseits wollen Sie die Wahl der PKK-Mitglieder aus der Mitte des Landtags – und Wahlen sind immer noch geheim –, andererseits sollen laut Gesetz PKK-Sitze an die parlamentarische Opposition gehen. Sie sollen! An wen richtet sich dieses „sollen“? Sie können bei freien und geheimen Wahlen den Wählern doch nicht vorschreiben, was sie wählen sollen. Ist die Wahl geheim und frei, verbietet sich eine Sollvorschrift an die Wähler. Sollen die Abgeordneten etwas wählen, ist die Wahl nicht geheim und frei. Sie können auch nicht ins Wahlgesetz reinschreiben, jeder hat das Wahlrecht, aber sie sollen nicht die NPD wählen, obwohl Sie es wahrscheinlich gerne tun würden. Mit dem freien Mandat und demokratischen Wahlgrundsätzen haben Sie wohl große Schwierigkeiten.

Und dann die Missbrauchsmöglichkeiten, die dieser Gesetzestext eröffnet: Jede parlamentarische Mehrheit kann, wenn sie will, die Opposition von der Kontrolle des Geheimdienstes ausschließen. Diese Möglichkeit eröffnet der Gesetzestext. Mag sein, dass Ihre Hinterzimmerabsprachen diesmal funktionieren, aber wer weiß, wie lange die Harmonie unter Ihnen anhalten wird. Hat Herr Ringstorff seinerzeit nicht den Koalitionsvertrag mit der Linkspartei eiskalt gebrochen? Hat die SPD im Bundestag nicht versucht, die CDU/CSU auszutricksen, indem sie plötzlich die Fraktionsgemeinschaft infrage stellte, um auf diese Weise Schröder ins Kanzleramt zu gaunern?

(Andreas Bluhm, Die Linkspartei.PDS:  
Zum Thema!)

Die Linkspartei soll aus der Föderalismuskommission ausmanövriert werden, was sie ja lautstark beklagen. Die FDP erhielt hier einen Ausschussvorsitz nicht, den man ihr zugesichert hatte. Sie ziehen sich doch ständig gegenseitig über den Tisch und fragen sich doch gegenseitig nicht. Keiner von Ihnen sollte jammern, ...

**Präsidentin Sylvia Bretschneider:** Herr Andrejewski, Ihre Redezeit ist abgelaufen. Ich bitte Sie, zum Schluss zu kommen.

**Michael Andrejewski, NPD:** ... wenn seine Partei als Nächstes aus der PKK ausgesperrt wird, denn dafür schaffen Sie jetzt die Grundlagen. Glücklicherweise stellen Sie jetzt sicher, dass das Landesverfassungsgericht neue Mittel erhält, und die wird es auch brauchen. – Danke.

(Beifall bei Abgeordneten der NPD)

**Präsidentin Sylvia Bretschneider:** Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Einzelberatung über den von den Fraktionen der CDU und SPD eingebrachten Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Landesverfassungsschutzgesetzes auf Drucksache 5/162. Der Innenausschuss empfiehlt, den Gesetzentwurf der Landesregierung entsprechend seiner Beschlussempfehlung auf Drucksache 5/323 anzunehmen.

Wir kommen zur Einzelabstimmung.

Ich rufe auf die Artikel 1 und 2 sowie die Überschrift entsprechend der Beschlussempfehlung des Innenausschusses. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Damit sind die Artikel 1 und 2 sowie die Überschrift entsprechend der Beschlussempfehlung des Innenausschusses auf Drucksache 5/323 bei Zustimmung der Fraktionen der SPD, CDU, Linkspartei.PDS und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der NPD angenommen.

Wir kommen zur Schlussabstimmung.

Wer dem Gesetzentwurf im Ganzen entsprechend der Beschlussempfehlung des Innenausschusses auf Drucksache 5/323 zustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um ein Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Gibt es Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der Gesetzentwurf entsprechend der Beschlussempfehlung des Innenausschusses auf Drucksache 5/323 bei Zustimmung der Fraktionen der SPD, CDU, Linkspartei.PDS und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der NPD angenommen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 2:** Erste Lesung des Gesetzentwurfes der Landesregierung – Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung eines Nachtrags zum Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2007 und zur Änderung des Gesetzes zur Festlegung der Verbundquoten des Kommunalen Finanzausgleichs in den Jahren 2006 und 2007 auf Drucksache 5/200, in Verbindung mit der Ersten Lesung des Gesetzentwurfes der Landesregierung – Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes 2007, auf Drucksache 5/199.

**Gesetzentwurf der Landesregierung:  
Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung  
eines Nachtrags zum Haushaltsplan für das  
Haushaltsjahr 2007 und zur Änderung des  
Gesetzes zur Festlegung der Verbundquoten  
des Kommunalen Finanzausgleichs  
in den Jahren 2006 und 2007  
(Haushaltsanpassungsgesetz 2007)**

(Erste Lesung)

– Drucksache 5/200 –

**Gesetzentwurf der Landesregierung:  
Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes 2007**

(Erste Lesung)

– Drucksache 5/199 –

Das Wort zur Einbringung hat die Finanzministerin des Landes Mecklenburg-Vorpommern Frau Sigrid Keler.

**Ministerin Sigrid Keler:** Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Heute ist ein besonderer Tag für mich. Ich bringe den ersten Haushalt ohne neue Verschuldung in den Landtag von Mecklenburg-Vorpommern ein.

(Beifall bei Abgeordneten der  
SPD, CDU und Linkspartei.PDS)

Wir haben lange auf dieses Ziel hingearbeitet. Seit Mitte der 90er Jahre ist die Neuverschuldung kontinuierlich gesunken. Bereits damals hatten wir die Planung darauf ausgerichtet, im Jahr 2006 ohne neue Schulden auszukommen. Mit dem Jahr 2002 und den folgenden beispiellosen Steuereinbrüchen schien dieses Ziel zunächst in weite Ferne gerückt. Aus den Augen haben wir es aber nie verloren.

Dass wir nun schon im Jahr 2006 keine neuen Kredite aufgenommen und damit unseren ursprünglichen Plan erfüllt haben, war für viele Außenstehende erstaunlich. Unser Land machte mit dieser Botschaft bundesweit ungewöhnliche Schlagzeilen. Mecklenburg-Vorpommern sei „die Überraschung des Jahres gelungen“, „Der Aufstieg des Nordzwergs“ oder „Vorbildliches Mecklenburg-Vorpommern“ titelten die Zeitungen. Mecklenburg-Vorpommern tut also nicht nur gut, sondern M-V macht es auch gut.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und CDU –  
Heiterkeit bei Udo Pastörs, NPD)

Zu Beginn der vergangenen Legislaturperiode waren diese Lobeshymnen noch unvorstellbar. Damals habe ich an dieser Stelle auch einen Nachtragshaushalt, den Nachtrag 2003, in den Landtag eingebracht. Der Umfang des damaligen Haushalts ist fast vergleichbar mit dem von heute. Damals musste ich allerdings zusätzliche Kredite von 570 Millionen Euro beantragen. Insgesamt waren es über 800 Millionen Euro neue Schulden, die dann am Ende des Jahres nicht einmal ausreichten. In dieser Haushaltsnotlage hat das Land zum richtigen Zeitpunkt die Kraft gefunden, wichtige Reformen durchzusetzen. Heute beginnen wir, davon zu profitieren. Zu nennen sind das Personalkonzept, die Verwaltungsreform und die Schul- und Hochschulreform. Insbesondere das Personalkonzept wirkt sich bereits jetzt deutlich auf den Haushalt aus.

Diesen nachhaltigen Weg der Haushaltskonsolidierung werden wir fortsetzen. Für den Nachtragshaushalt 2007 beantragt die Landesregierung keine zusätzliche Nettokreditaufnahme. Damit spielen wir in einer Liga mit

Bayern und Sachsen. Wir beweisen, dass wir verantwortungsvoll mit dem uns anvertrauten Geld umgehen. Das ist auch ein deutliches Signal an die alten Bundesländer, auf deren Solidarität wir noch immer angewiesen sind.

Dennoch, wer nun glaubt, dass die Finanzprobleme des Landes gelöst sind, irrt leider. Das strukturelle Defizit im Landeshaushalt ist zwar deutlich geringer geworden, aber es beträgt immer noch über 300 Millionen Euro. Wir befinden uns eher am Anfang als am Ende des Weges. Es besteht also kein Anlass, bei den eingeleiteten Maßnahmen das Tempo zu drosseln. Wir müssen unseren verabredeten Kurs fortsetzen. Solange wir auf die zukünftig zurückgehenden Solidarpaktmittel angewiesen sind, eröffnet die verbesserte Situation keinen Spielraum für eine großzügigere Ausgabengestaltung.

Wichtige Punkte des Nachtragshaushaltes 2007 sind:

1. Die Investitionen verbleiben weiterhin auf hohem Niveau.
2. Die Kommunen erhalten im Jahr 2007 rund 124 Millionen Euro mehr als bisher geplant.
3. Wir geben zusätzliches Geld in die Schulbildung.
4. Die Mittel aus den EU-Strukturfonds und dem ELER werden entsprechend den festgelegten Förderzielen veranschlagt.
5. Wir werden unsere grundgesetzlichen Verpflichtungen zur Finanzierung der Sicherheitsmaßnahmen während des G-8-Gipfels erfüllen.

Insbesondere diese Anpassungen machen die Einbringung des Nachtragshaushaltes erforderlich. Zusätzlich sind auch einzelne Veränderungen im Zusammenhang mit der Regierungsbildung notwendig geworden. In die Folgen aus der Neustrukturierung der Ministerien hat das Finanzministerium nach Paragraph 50 Landeshaushaltsordnung eingewilligt. Sie sind zu Ihrer Information den Landtagsvorlagen beigelegt.

Der Nachtragshaushalt 2007 ist wieder ein umfangreiches Werk geworden. Das liegt nicht zuletzt an der Spezifizierung der Maßnahmen für die neue EU-Förderperiode. So gewichtig das Werk auch ist, die materiellen Änderungen sind überschaubar. Ich möchte an dieser Stelle einige wichtige herausgreifen:

Mit dem Nachtragshaushalt 2007 setzen wir ein deutliches Zeichen für eine sichere und bedarfsgerechte Finanzierung unserer schulischen Bildung. Zur Sicherung der Unterrichtsversorgung in den allgemeinbildenden Schulen sowie zur Stärkung der Ganztagschulen werden rund 2,6 Millionen Euro zusätzlich eingesetzt. Etwa 2,5 Millionen Euro werden zusätzlich für 100 Berufsschullehrer benötigt, um die volle Versorgung sicherzustellen. Aktuell sind Stimmen laut geworden, die die Planung für die Berufsschulen in Zweifel ziehen. Unstrittig sind allerdings folgende Rahmendaten: Die prognostizierte Zahl der Schulabsolventen sinkt in diesem Jahr um circa 4.600. Zusätzlich muss man die Altbewerber berücksichtigen, also die Jugendlichen, die sich in den letzten Jahren vergeblich um einen Ausbildungsplatz bemüht oder ihre Ausbildung abgebrochen haben. Auch wenn man diese Zahl hoch ansetzt, sind es noch etwa 2.000 Jugendliche weniger, die eine Ausbildungsstelle suchen. Die vollzeitschulische Ausbildung soll daher im kommenden Schuljahr um diese 2.000 Plätze reduziert werden. Der zu erwartende Schülerrückgang rechtfertigt dies.

Angesichts dieser Entwicklung hat die Stimmungsmache der letzten Tage mit einer sachlichen Auseinandersetzung wenig zu tun. Natürlich muss man die tatsächliche Entwicklung genau beobachten. Ergibt sich dann wider Erwarten doch ein höherer Bedarf, wird das Land hier nachsteuern.

Im Nachtragshaushalt 2007 werden die vorsorglich veranschlagten Mittel zur Förderung von Kindertagesstätten außerhalb des KiföG um 1 Million Euro auf 2 Millionen Euro erhöht. Damit soll das Sozialministerium die Möglichkeit erhalten, Bedarfsspitzen aufgrund von gestiegenen Inanspruchnahmen von Plätzen abzufedern und auf diesem Wege eine Stabilisierung der Elternbeiträge zu unterstützen.

(Beifall bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS, Rudolf Borchert, SPD, und Heinz Müller, SPD)

Auch die einmaligen Ausgaben für Sicherheitsmaßnahmen während des G-8-Gipfels in Heiligendamm sind im Einzelplan des Innenministeriums veranschlagt. Das betrifft zunächst die mit dem Nachtragshaushalt 2006 angekündigten zusätzlichen Landesmittel in Höhe von 12,7 Millionen Euro. Dazu kommen die bundesfinanzierten Ausgaben in Höhe von 22,5 Millionen Euro. Darüber hinaus werden Mittel für die Erstattung von Kosten für Polizeikräfte anderer Länder benötigt. Aus derzeitiger Sicht werden hierfür 34,3 Millionen Euro veranschlagt.

Die höheren Steuereinnahmen des Landes im Jahr 2006 wirken sich auch für unsere Kommunen positiv aus. Nach dem Gleichmäßigkeitsgrundsatz steht ihnen für 2006 ein Abrechnungsbetrag von 61,6 Millionen Euro zu. Die von mir im Januar genannte vorläufige Abrechnung betrug noch rund 68 Millionen Euro. Da aber die Kommunen erfreulicherweise selbst höhere Steuereinnahmen als erwartet hatten, ergibt sich nach Anwendung des Gleichmäßigkeitsgrundsatzes ein etwas geringerer Abrechnungsbetrag. Diese Verrechnung ist im Jahre 2008 vorzunehmen. Wir beabsichtigen, den Kommunen des Landes davon als Abschlag 18 Millionen Euro bereits in diesem Jahr auszahlend.

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS:  
Das ist zu wenig.)

Vorwürfe von einzelnen Kommunalpolitikern, das Land würde hier das Geld der Kommunen zurückhalten, muss ich entschieden zurückweisen. Das Gegenteil ist der Fall: Das Land lässt die Kommunen früher als gesetzlich vorgesehen an den zusätzlichen Einnahmen teilhaben.

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS:  
Das stimmt, es könnte aber mehr sein.)

Dies kostet dem Land etwa eine dreiviertel Million Euro an Zinsen. Wer jetzt auf andere Abrechnungsmodalitäten pocht, sollte bedenken, dass die Kommunen im umgekehrten Fall einer KFA-Rückzahlung sicher nicht an einer früheren Belastung interessiert wären.

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS:  
Wir werden daran denken, Frau Ministerin.)

Nimmt man die Abschlagszahlungen, die höheren Leistungen im kommunalen Finanzausgleich und die eigenen Steuereinnahmen zusammen, verbessert sich die kommunale Finanzausstattung im Jahr 2007 um insgesamt 169 Millionen Euro. Die Landesregierung verbindet aber mit dieser Verbesserung auch die Forderung an die Kommunen, ihre Haushalte strukturell in Ordnung zu bringen.

Das Innenministerium hat mit dem Haushaltserlass 2007 die Kommunen aufgefordert, sich auf die Haushaltskonsolidierung in den Verwaltungshaushalten zu konzentrieren. Dies ist sachgerecht, weil sich die Finanzausgleichsleistungen nur vorübergehend erhöhen. Spätestens mit der deutlichen Reduzierung der Solidarpaktmittel ab 2009 und mit dem anhaltenden Einwohnerrückgang gehen auch die Finanzausgleichsmittel für die Kommunen wieder zurück. Nur zeitweise erhöhte Einnahmen dürfen also nicht dazu führen, dass notwendige strukturelle Veränderungen in den Verwaltungshaushalten aufgeschoben werden oder unterbleiben. Es muss eine langfristig tragfähige Haushaltsstruktur erreicht werden, die die finanzielle Handlungsfähigkeit in den Kommunen auf Dauer sichert.

Derzeit werden in vielen Kreistagen die kreislichen Haushalte beschlossen und die Kreisumlagen festgelegt. Es ist schon zum Ritual geworden, dass dort mit dem Finger auf das Land oder den Bund gezeigt und eine bessere Finanzausstattung verlangt wird. Das ist aber nicht die Lösung des Problems. Alle Vergleiche zeigen, dass die Kommunen kein Einnahmeproblem, sondern ein Problem auf der Ausgabenseite haben. Die Kreise und Gemeinden des Landes haben viel zu hohe laufende Ausgaben bei einer gleichzeitig überdurchschnittlichen Finanzausstattung. Hier hilft also nicht der Ruf nach mehr Mitteln, sondern hier hilft zum Beispiel die konsequente Umsetzung der beschlossenen Kreisgebietsreform. Ich hoffe sehr auf ein klares Signal der Verfassungsrichter im Frühjahr und ich hoffe auf die Vorschläge der Enquetekommission „Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung“. Wir sollten jetzt alle gemeinsam an der Umsetzung der Reform arbeiten, um die Zukunft unseres Landes aus eigener Kraft zu sichern.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Meine Damen und Herren, mittlerweile hat bereits die Planung für den Doppelhaushalt 2008/2009 begonnen. Wir wollen auch in diesen beiden Jahren keine neuen Kredite aufnehmen. Zwei Voraussetzungen sind dafür notwendig: Einerseits müssen wir an unserer vorgezeichneten Ausgabenlinie festhalten, neue Leistungen können wir uns nur erlauben, wenn wir für die dauerhafte finanzielle Deckung an anderer Stelle sorgen. Zweitens bestärken uns die Steuererwartungen für 2008 und 2009, dass das Ziel erreichbar sein wird.

Allerdings dürfen wir auch die Risiken nicht übersehen. Der Kurseinbruch an den Börsen in den vergangenen Wochen zeigt uns, dass schon kleine Ausschläge die wirtschaftliche Entwicklung und damit die Steuereinnahmen gefährden können. Auch die aktuelle Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofes zur Dividendenbesteuerung von Auslandswertpapieren ist in ihren finanziellen Auswirkungen auf das Land noch nicht absehbar. Kosten werden auf jeden Fall auf uns zukommen, wahrscheinlich im zweistelligen Millionenbereich.

Die Unternehmenssteuerreform haben wir bei den Steuereinnahmen als Risikofaktor ebenfalls berücksichtigt. Die Bundesregierung rechnet aktuell mit einem Gesamtsteuerausfall von knapp 6,5 Milliarden Euro im ersten Jahr. Das wird sich natürlich auch auf den Landeshaushalt auswirken. Ob es bei dieser Zahl bleibt oder ob sich kassenmäßig höhere Ausfälle ergeben werden, ist noch nicht abzuschätzen. Möglicherweise wird es erforderlich sein, hier Sicherheitsabschläge einzubeziehen. Dennoch unterstütze ich die Bundesregierung bei ihrem Anliegen,

den Steuerstandort Deutschland international noch wettbewerbsfähiger zu machen. Den immer weiter gehenden Forderungen, insbesondere aus dem Unternehmerlager, möchte ich jedoch eine Absage erteilen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS)

Im Gesetzgebungsverfahren, meine Damen und Herren, darf der vorliegende Vorschlag nicht um zusätzliche Maßnahmen ergänzt werden, die zu weiteren Mindereinnahmen führen würden.

(Rudolf Borchert, SPD: Richtig.)

Eine Achterbahnfahrt der Steuereinnahmen wie zu Beginn der vergangenen Legislaturperiode können wir uns nicht noch einmal leisten.

Auf ein anderes Problem des Gesetzentwurfes möchte ich Sie ebenfalls aufmerksam machen. Das Konzept zur Unternehmenssteuerreform sieht eine Aufkommensneutralität bei der Gewerbesteuer für die Kommunen vor. Wir müssen aber aufpassen, dass diese nicht nur im bundesdeutschen Schnitt erreicht wird, sondern auch für die spezifische Situation im Osten gilt.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, CDU und Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS – Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, richtig. – Heike Polzin, SPD: Genau.)

Durch die wesentlich kleinteiligere Wirtschaftsstruktur können sich die Vorschläge negativ für unsere Kommunen auswirken. Diesen Aspekt müssen wir im weiteren Verlauf des Gesetzgebungsverfahrens aufmerksam verfolgen.

Eines möchte ich jedoch festhalten: Wir erleben zurzeit eine kleine Renaissance des Staates. Von ihm wird immer mehr verlangt: mehr Kinderbetreuung, eine bessere Schule, eine saubere Umwelt, mehr Sicherheit und viele Investitionen, um nur ein paar Schlagwörter zu nennen. Ein starker vorsorgender Sozialstaat wie beispielsweise in Skandinavien ist aber nur mit einer angemessenen Steuerquote zu haben.

(Beifall Rudolf Borchert, SPD, Gabriele Měšťan, Die Linkspartei.PDS, und Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS – Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS: Richtig.)

Wer wenig Steuern zahlen will, muss nach angelsächsischem Vorbild mit einem „Nachtwächterstaat“ vorliebnehmen. Aber vom Staat Sparsamkeit im Allgemeinen und Freigiebigkeit im Besonderen zu fordern, wird nicht mehr lange gut gehen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Meine Damen und Herren, in der vergangenen Woche hat die Kommission für die Föderalismusreform II ihre Arbeit aufgenommen. Ziel ist es, die Bund-Länder-Finanzbeziehungen an die veränderten Rahmenbedingungen anzupassen. Die Diskussionen werden uns sicher die nächsten Monate begleiten und die Ergebnisse werden Einfluss auf die Entwicklung unseres Bundeslandes haben. Eines möchte ich aber vorwegstellen: Der erst vor zwei Jahren in Kraft getretene neue Länderfinanzausgleich und der Solidarpakt II sind für uns nicht verhandelbar.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, CDU und Linkspartei.PDS)

Ich sage dies so ausdrücklich, weil sich insbesondere die Geberländer zunehmend Hoffnungen machen, das ganze Paket aufschnüren zu können, um es zu ihren Gunsten zu verändern.

Meine Damen und Herren, Sie kennen die finanzpolitische Perspektive des Landes. Ab dem Jahr 2009 werden die Mittel aus dem Solidarpakt deutlich weniger. Auch mit den EU-Mitteln können wir nur bis zum Jahr 2013 rechnen. Hinzukommen die Einnahmeverluste durch die jährlich weiter abnehmende Bevölkerung. Ab 2020 sind wir dann nur noch ein Bundesland unter vielen, denn dann müssen wir allein mit unseren eigenen Einnahmen und den Geldern aus dem Finanzausgleich auskommen. Wir haben unsere gesamte Politik auf diese Perspektive ausgerichtet. Wir haben zurückgerechnet, um zu wissen, wann wir bei welchem Ergebnis sein müssen, um dieses Ziel zu erreichen. Eine Schlechterstellung im Finanzausgleich oder im Solidarpakt würde dies alles zunichte machen und es würde einen herben Vertrauensbruch bei den Bürgern Ostdeutschlands bedeuten.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Dies dürfen wir nicht zulassen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten  
der SPD und Linkspartei.PDS)

Ausdrücklich unterstützen sollten wir allerdings alle Maßnahmen, die zu einer wirksamen Begrenzung der Staatsverschuldung führen. Die ostdeutschen Länder haben in 15 Jahren so viel Pro-Kopf-Schulden angehäuft wie die alten Bundesländer seit ihrem Bestehen. Sollten wir es schaffen, ab dem Jahr 2010 etwa 100 Millionen Euro jährlich zu tilgen, bräuchten wir immer noch 100 Jahre, um schuldenfrei zu werden.

(Zuruf von Raimund Borrmann, NPD)

Wir hinterlassen also nicht nur unseren Kindern ein schweres Erbe, sondern sogar noch unseren Urenkeln. Es ist zwar schön, wenn man den Nachkommen in Erinnerung bleibt, aber ob wir uns in dieser Form unsterblich machen wollen, sollten wir uns genau überlegen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, CDU,  
Linkspartei.PDS und Michael Roolf, FDP)

Ich persönlich kann mir daher auch ein grundsätzliches Schuldenverbot vorstellen. Über Modalitäten und Ausnahmefälle wird zu reden sein.

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS:  
Das sieht das Parlament aber anders.)

Zumindest für die ostdeutschen Länder wäre dies dringend notwendig, bedenkt man die von mir beschriebene Perspektive bis 2020.

Meine Damen und Herren, der Entwurf des Nachtrags Haushaltes 2007 liegt Ihnen vor. Ich freue mich auf die erfahrungsgemäß guten und konstruktiven Beratungen im Finanzausschuss. Schon morgen werden die ersten Einzelpläne im Ausschuss beraten. Die Zweite Lesung und die Beschlussfassung werden dann voraussichtlich auf der regulären Landtagssitzung am 9. Mai 2007 vollzogen.

Meine Damen und Herren, seit mehr als 16 Jahren beteilige ich mich in verschiedenen Funktionen an der Arbeit des Finanzausschusses dieses Landtages. Gestatten Sie mir deshalb an dieser Stelle eine Anmerkung zu

unserer gemeinsamen Ausschussarbeit. Ich wende mich dabei insbesondere an die FDP-Fraktion mit ihrem Ausschussmitglied Herrn Schnur. Ich muss Ihnen sagen, Herr Schnur, Ihr Verhalten gegenüber der Öffentlichkeit, aber auch gegenüber Ihren Ausschusskollegen hat mich entsetzt. Sie wissen, ich spreche von der Finanzausschusssitzung am 18. Januar 2007, in der ich ausführlich über den Subventionsbetrug in Sassnitz und die Vergabe der Investitionszulage berichtet habe. Sie haben danach gegenüber der Presse behauptet, es wäre auf der Ausschusssitzung, die im Übrigen nicht öffentlich ist, von einem Schadensbetrag in Höhe von 60 bis 70 Millionen Euro die Rede gewesen. Das ist eine freie Erfindung. Das lässt sich auch beweisen, da es bei jeder Ausschusssitzung einen Tonmitschnitt gibt.

Ich bin der Landtagsverwaltung und der Ausschussvorsitzenden dankbar, dass sie nach Prüfung dieses Mitschnitts klargestellt hat, dass Ihre Aussage, Herr Schnur, nicht richtig ist. Darüber hinaus haben Sie auf der besagten Ausschusssitzung nicht eine einzige Nachfrage zu diesem Thema gestellt. Dass Sie danach vor die Presse gehen und den Aufklärungswillen des Finanzministeriums bezweifeln, ist indiskutabel. Und nicht nur das, Sie stellen als neuer Abgeordneter mit Ihren Äußerungen auch die Integrität der Ausschussvorsitzenden und langjährigen Abgeordneten Frau Gramkow infrage und unterstellen schließlich dem Ausschussbüro von Frau Arnold eine manipulierte Protokollführung. Sie ziehen nach den ersten sechs Finanzausschusssitzungen Ihres Abgeordnetenlebens die höchsten Register, wenn Sie sagen, ich zitiere: „Die Basis für eine Zusammenarbeit mit Frau Gramkow ist zerstört.“ Und das alles tun Sie – ich wiederhole es noch einmal – aufgrund einer nachweisbaren Falschaussage.

Ich bitte Sie, Herr Roolf, das nächste Mal nicht einfach nur den Angaben Ihres Kollegen Schnur zu glauben, sondern lieber noch einmal selbst den Sachverhalt zu prüfen, insbesondere bevor Sie dann öffentlich Mitgliedern der Regierung den Rücktritt nahelegen.

(Beifall bei Abgeordneten  
der SPD und Linkspartei.PDS –  
Heiterkeit bei Udo Pastörs, NPD)

Meine Damen und Herren, doch zur Verbreitung der Falschmeldung hat auch die „Ostsee-Zeitung“ beigetragen.

(Raimund Borrmann, NPD:  
Kommen Sie doch mal zur Sache!)

Ihr Landeskorrespondent Herr Köpke schreibt am 1. März: „Wie drei Ausschuss-Mitglieder der OZ unabhängig voneinander erklärten, fehlen in der Mitschrift wichtige Details.“

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Ausgenommen die Abgeordneten Schnur und Köster haben wir inzwischen mit allen anwesenden Ausschussmitgliedern geredet. Niemand hat diese Angabe bestätigt. Nimmt Herr Köpke wirklich an, dass drei Ausschussmitglieder öffentlich und offensichtlich die Unwahrheit sagen mit dem Wissen, dass es einen Originalmitschnitt gibt? Ich glaube ihm dies nicht. Es gibt keine drei Quellen für die Zeitungssente des Herrn Schnur. Und das ist besonders deshalb ärgerlich, meine Damen und Herren, weil Medien Macht über Meinung haben. Da hilft es nichts, wenn man wie Herr Köpke in wohlklingenden

Kommentaren den zivilgesellschaftlichen Kampf gegen die Rechtsextremisten einfordert, aber gleichzeitig durch verfälschte Berichterstattung den Vorurteilen vieler Menschen gegenüber der Politik weiter Nahrung gibt.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD –  
Zurufe von Michael Andrejewski, NPD,  
und Raimund Borrmann, NPD)

Damit man mich nicht falsch versteht, ich schätze die Funktion der Presse in unserer Demokratie sehr, aber sie muss auch der Wahrheit verpflichtet sein. Und die Wahrheit, meine Damen und Herren, ist in der Regel komplizierter, als es die Schlagzeilen oft vermuten lassen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und CDU)

**Präsidentin Sylvia Bretschneider:** Vielen Dank, Frau Ministerin.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 60 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch, dann ist es so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat zunächst der Ministerpräsident des Landes Mecklenburg-Vorpommern Dr. Harald Ringstorff.

**Ministerpräsident Dr. Harald Ringstorff:** Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Es sind Schlagzeilen wie „Das Ostseeküstenwunder“ oder „Mecklenburg-Vorpommern macht es vor: Keine neuen Schulden“, die man in den letzten Wochen in vielen Zeitungen zwischen Flensburg und Garmisch lesen konnte.

(Udo Pastörs, NPD: Sie sind  
das Wunder, Herr Ringstorff. –  
Heiterkeit bei Stefan Köster, NPD)

Und in der Tat, es ist ein historisches Ereignis, dass wir im vergangenen Jahr erstmals ohne neue Schulden ausgekommen sind. Ein Wunder, meine Damen und Herren, ist der ausgeglichene Landeshaushalt des vergangenen Jahres aber nicht. Sicher stimmte die konjunkturelle Großwetterlage: Das Wirtschaftswachstum zog an. Die Steuereinnahmen waren deshalb um rund 300 Millionen Euro höher, als ursprünglich erwartet worden war. Und auch das niedrige Zinsniveau hat geholfen, hat uns mehr als 60 Millionen Euro erspart. Das ist aber nur eine Seite der Medaille. Die andere ist: Seit Jahren fahren wir einen strikten Sparkurs, setzen Schwerpunkte und investieren in zukunftsfähige Strukturen. Alle Bereiche wurden auf den Prüfstand gestellt. Vielfältige Sparanstrengungen kommen zusammen. Besonders hervorheben möchte ich die 50 Millionen Euro, die wir im vergangenen Jahr infolge des 2004 beschlossenen sozialverträglichen Personalabbaus in der Landesverwaltung eingespart haben.

(Udo Pastörs, NPD: Sehr sozialverträglich.)

Das war und ist nur mit dem guten Willen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter möglich. Für sie ist damit manche Belastung und Einschränkung verbunden. Das wissen wir. Deshalb möchte ich diese Gelegenheit nutzen, um allen Beschäftigten im Landesdienst ausdrücklich zu danken.

(Beifall bei Abgeordneten der  
SPD, CDU und Linkspartei.PDS)

Wir können also feststellen: Unsere Konsolidierungspolitik trägt Früchte. Und für mich, meine Damen und Herren, ist das auch ein wichtiges Signal an die Geberländer, das zeigt: Schaut her, wir gehen vernünftig mit eurer Aufbau-

hilfe um. Der Osten, sprich Mecklenburg-Vorpommern, ist kein Fass ohne Boden. Das stärkt übrigens auch unsere Position in den Verhandlungen zur Föderalismusreform II.

(Rudolf Borchert, SPD: Richtig.)

Meine Damen und Herren, wir machen seit Langem gewissenhaft unsere Hausaufgaben. Von Anfang an war es das Ziel der von mir geführten Landesregierungen, eine gute und verantwortungsvolle Finanzpolitik zu gestalten. Ja, wir sparen nicht um des Sparens willen, sondern um Geld für Zukunftsinvestitionen freizubekommen. Die Anstrengungen machen sich mehr und mehr bezahlt. Mecklenburg-Vorpommern hat sich zu einem modernen und leistungsorientierten Wirtschaftsstandort entwickelt. Unsere solide Finanzpolitik und die wirtschaftliche Dynamik finden inzwischen auch bei Experten Anerkennung.

Wir alle wissen: Eine erfolgreiche Wirtschaftspolitik sorgt mit dafür, dass das Steueraufkommen steigt. In den letzten vier Jahren haben sich über 350 Unternehmen neu bei uns angesiedelt. Insgesamt sind ab 2002 jährlich circa 10.000 Arbeitsplätze direkt oder durch Neuanstellungen beziehungsweise indirekt im Rahmen von Folgeinvestitionen entstanden. Schritt für Schritt haben wir die Infrastruktur auf den Stand der Zeit gebracht. Die Ostseeautobahn ist ein großer Gewinn für unser Land, die Wirtschaft und den Tourismus. Immer mehr Unternehmen zieht es in die Gewerbegebiete entlang dieser transeuropäischen Verkehrsader. Allein im letzten Jahr haben sich mehr als 20 Unternehmen zwischen Lübeck und Pasewalk an der Autobahn niedergelassen. Weitere Unternehmen erweitern gegenwärtig ihre Produktionsstätten, andere sind in der Planungsphase.

Im Land haben sich zukunftsfähige Wachstumsbranchen, wie die Ernährungswirtschaft, die maritime Industrie, die Windkraftindustrie, die Zulieferindustrie für Luft- und Raumfahrt und auch die Automobilzulieferindustrie, etabliert. In Wismar ist das größte Holzverarbeitungszentrum Europas entstanden. Lubmin ist auf gutem Wege, einer der herausragenden Energieknoten und -standorte Deutschlands zu werden. Zahlreiche Firmen, wie Liebherr, Nordex, Egger, Webasto, Weber Maschinenbau, die Mecklenburger Metallguss in Waren und nicht zuletzt die Gießerei in Torgelow, haben ihre Kapazitäten erweitert und zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen. Diese Beispiele stehen für ein verarbeitendes Gewerbe in Mecklenburg-Vorpommern, das mit beeindruckender Dynamik wächst. 2006 steigerte sich der Umsatz gegenüber 2005 um 12,5 Prozent.

Diese positive Entwicklung schlägt sich auch auf dem Arbeitsmarkt nieder, denn im verarbeitenden Gewerbe hat die Zahl der Arbeitsplätze im letzten Jahr um 4,6 Prozent zugenommen. Der Export wurde um 37 Prozent gesteigert. Insgesamt ist die Arbeitslosigkeit bei uns wie in ganz Ostdeutschland nach wie vor noch viel zu hoch. Aber es zeichnet sich eine nachhaltige Trendwende ab. Im Februar hatten wir die niedrigste Arbeitslosigkeit in einem Februar seit 1996, und das, Sie wissen das, obwohl fast alle Sozialhilfeempfänger jetzt in der Statistik mit erscheinen.

(Zuruf von Irene Müller, Die Linkspartei.PDS)

Bei den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten ist seit einiger Zeit ein Zuwachs zu verzeichnen. Das alles sind wichtige Fortschritte. Wir können konstatieren: Es geht voran in Mecklenburg-Vorpommern.

Meine Damen und Herren, bei aller Zufriedenheit über das Erreichte, die finanziellen Herausforderungen, die sich dem Land stellen, sind mit dem ausgeglichenen Haushalt des vergangenen Jahres nicht gelöst. Wir stehen eher am Anfang als am Ende eines Konsolidierungsweges. Die richtig schwierige Phase beginnt in zwei Jahren, wenn die Mittel aus dem Solidarpakt II deutlich geringer werden. Ab 2014 ist fraglich, ob EU-Mittel noch in größerem Ausmaß nach Mecklenburg-Vorpommern fließen. Wir werden dann wahrscheinlich nur noch eine Phasing-out-Phase haben. 2020 schließlich sind wir ein Bundesland wie alle anderen und müssen mit unseren Einnahmen und den Geldern aus dem Länderfinanzausgleich auskommen. Vor diesem Hintergrund verfolgt die Landesregierung in den kommenden Jahren drei zentrale finanzpolitische Zielstellungen:

Erstens. Wir werden auf Basis der derzeitigen Kenntnislage auch 2007 und danach ausgeglichene Haushalte ohne Schulden vorlegen.

Zweitens. Wir wollen die Gesamtverschuldung des Landes ab 2010 Schritt für Schritt zurückführen, das heißt, wir müssen dazu Überschüsse erwirtschaften.

Drittens. Die dritte haushaltspolitische Aufgabe besteht für uns in der nachhaltigen und durchgreifenden Verbesserung der Haushaltsstruktur. Konkret bedeutet das, dass die laufenden Ausgaben um mehrere hundert Millionen Euro pro Jahr abzusenken sind, um die mit dem Solidarpakt II übernommenen Verpflichtungen zur zweckentsprechenden Verwendung der SoBEZ-Mittel zu erfüllen. Dies wird weitere Einschränkungen der Personalausgaben, der sächlichen Verwaltungsausgaben, aber auch Verschlechterungen bei der einen oder anderen Ausgabeposition bedeuten, die bisher geschont werden konnte. Auch wenn es hart erscheint, es muss sein. Wir müssen es schaffen, finanziell auf eigenen Füßen zu stehen.

(Beifall Marc Reinhardt, CDU)

Meine Damen und Herren, mit dem Entwurf des Haushaltsanpassungsgesetzes setzen wir die Eckpunkte der genannten finanzpolitischen Ziele um. Wir nehmen keine neuen Kredite auf. Für die schulische Bildung werden mehr als 12 Millionen Euro zusätzlich bereitgestellt. Und, meine Damen und Herren, wir verstärken die Bekämpfung des Rechtsextremismus. Die Finanzministerin hat darauf hingewiesen, wir statten die Kommunen mit deutlich mehr Mitteln aus, als ursprünglich vorgesehen war. Mit dem Nachtragshaushalt, meine Damen und Herren, ist unser Land auf dem richtigen Weg. Wir wollen eine Zukunft aus eigener Kraft. Ich bitte Sie daher, dem Entwurf zuzustimmen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und CDU)

**Präsidentin Sylvia Bretschneider:** Vielen Dank, Herr Ministerpräsident.

Seitens der Fraktion der FDP ist beantragt worden, die Sitzung für 20 Minuten zu unterbrechen.

(Zuruf aus dem Plenum: Toll!)

Wir sehen uns also um 11.10 Uhr hier wieder.

**Unterbrechung: 10.51 Uhr**

**Wiederbeginn: 11.17 Uhr**

**Vizepräsidentin Renate Holznagel:** Ich eröffne die unterbrochene Sitzung wieder und wir fahren fort in der Aussprache zu Tagesordnungspunkt 2.

Das Wort hat jetzt der Fraktionsvorsitzende Professor Methling von der Fraktion der Linkspartei.PDS.

**Dr. Wolfgang Methling,** Die Linkspartei.PDS: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Erstmals ist es gelungen, dem Landtag einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen. Die Finanzministerin ist zu Recht froh darüber. Das ist natürlich, wie wir alle wissen, in erster Linie das Verdienst der rot-roten Landesregierung.

(Unruhe bei Abgeordneten der SPD und Linkspartei.PDS –

Beifall bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS)

Nicht wenige sehr schwierige Entscheidungen hat die Linksparteifraktion in den vergangenen Jahren schweren Herzens mitgetragen, um den Haushalt zu konsolidieren. Unser Anspruch war aber immer: Gestalten und Konsolidieren. Das ist auch heute noch unser Prinzip. Ja, das Land ist bei der Konsolidierung auf gutem Weg. Aber ich warne davor, im Chor mit Sachsen eine Überheblichkeit an den Tag zu legen,

(Beifall bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS – Heike Polzin, SPD: Das machen wir ja auch nicht.)

die uns den Blick auf die Tatsachen versperren könnte. Und zu diesen Tatsachen gehört an erster Stelle, dass das Prinzip „Wer bestellt, bezahlt.“ im Grundgesetz immer noch nicht verankert ist. Das heißt, dass für das Land und die Kommunen nach wie vor große Unwägbarkeiten bleiben. Ich denke dabei zum Beispiel an die enormen Belastungen durch Hartz IV. Ich denke an die geplanten Steuerreformen, insbesondere die Unternehmenssteuerreform, die nach jetzigem Stand zu Steuerzufällen führen wird.

Wenn ich über „Gestalten und Konsolidieren“ rede, dann geht es uns nicht um „Sparen, koste es, was es wolle“. Die jetzige Haushaltslage muss es auch ermöglichen, wichtige politische Aufgaben, die auf der Tagesordnung stehen, endlich anzuschieben. Dazu zählt für uns als Linksfraktion zum Beispiel, die vorschulische Bildung auf die Altersgruppen 3 und 4 auszudehnen.

(Beifall bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS)

Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete, von manchem vollmundigen Versprechen der Koalition, eine neue Politik zu machen, zum Beispiel die Eltern von Kita-Beiträgen zu entlasten, finden wir in der Vorlage zum Nachtragshaushalt 2007 kaum etwas. Dabei übersehen wir nicht, dass wichtige Projekte und Programme, zum Beispiel das Landesprogramm für Demokratie und Toleranz, fortgesetzt und sogar finanziell verstärkt werden. Trotzdem: Aus unserer Sicht ist dieser Haushalt ein Haushalt der verpassten Chancen,

(Beifall bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS)

denn Sie werfen Geld zum Fenster raus!

(Egbert Liskow, CDU: Das ist auch euer Haushalt.)

Die immensen Gelder, die das Land für den „Risiko“-Gipfel G8 berappen muss, sind völlig fehl am Platz. Dieses Geld wird keine nachhaltige Wirkung entfalten. Fragen

Sie Ihre Kollegen in Großbritannien oder Italien, die werden Ihnen das bestätigen. Hier reden wir nicht über Kleinbeträge. Wir reden über sage und schreibe inzwischen mindestens 70 Millionen Euro. Wir erwarten darüber hinaus Mehrkosten, die ein unkalkulierbares Risiko für das Land Mecklenburg-Vorpommern darstellen. Eine solche Summe, wie jetzt im Haushalt veranschlagt, auszugeben für Sicherheitszaun, Stacheldraht und Polizeieinsätze ist aus unserer Sicht unerträglich und gleichzeitig gibt es angeblich kein Geld zum Beispiel für kostenfreies Mittagessen an den Grundschulen des Landes Mecklenburg-Vorpommern.

(Beifall bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS)

Ich frage Sie ernsthaft: Kann sich dieses Land 3,5 Millionen Euro pro Jahr für eine einzige Fluglinie von Rostock nach München leisten?

(Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS: Das holen wir dann über die Kerosinsteuer wieder rein.)

Wir sagen: Nein, nicht nur aus finanziellen, sondern auch aus wirtschaftlichen und ökologischen Gründen. Dieses Geld lässt sich doch wohl sehr viel besser einsetzen, zum Beispiel für den ÖPNV.

(Birgit Schwebs, Die Linkspartei.PDS: Sehr richtig, so ist es.)

Dies ist umso mehr notwendig, weil der Bund, wie wir wissen, die Regionalisierungsmittel erheblich abgesenkt hat.

(Beifall bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS)

Meine sehr geehrten Damen und Herren von der Koalition, Sie verabschieden sich von einer nachhaltigen, innovativen Arbeitsmarktpolitik mit verheerenden Folgen für soziale, kulturelle und ökologische Projekte, wie wir inzwischen wissen.

(Beifall bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS – Dr. Armin Jäger, CDU: Oh, oh, das war vielleicht innovativ!)

Meine Fraktion kritisiert grundsätzlich das jetzige Verteilungsverhältnis zwischen ESF und EFRE von 25:75. Wir halten das für falsch angesichts bundespolitischer Entscheidungen, die dazu geführt haben, dass betroffenen Menschen nur noch die Perspektive „1-Euro-Job“ bleibt. Arbeitslose Menschen, die keine Leistung beziehen, sind von arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen ganz und gar ausgeschlossen. Das zeigt die Praxis und ist nicht hinnehmbar, weil es diesen Menschen jegliche Perspektive nimmt.

(Beifall bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS)

Hätten Sie das ursprünglich vorgesehene Verteilungsverhältnis 30:70 beibehalten, stünden für die aktive Arbeitsmarktpolitik etwa 100 Millionen Euro mehr zur Verfügung. Wertvolle Chancen für den notwendigen Ausbau öffentlich geförderter Beschäftigung werden so vergeben. Das Geld für das von uns im Januar geforderte Modellprojekt wäre da, und zwar für 600 Menschen mit einer Entlohnung von circa 1.400 Euro brutto. Mit der anderen Hälfte der 100 Millionen Euro könnten etwa 600 zusätzliche Stellen in der Jugend- und Schulsozialarbeit entstehen, die Ihnen auch wichtig ist. So weit denken Sie aber nicht. Sie wollen die Mittel auch noch zulasten der Jugendsozialarbeit aufteilen. Das lehnen wir strikt ab.

(Beifall bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS)

Im Übrigen muss die Mittelbereitstellung von der Anzahl der Kinder und Jugendlichen abgekoppelt werden. Ich möchte daran erinnern: Sinkende Kinderzahlen sind nicht gleichbedeutend mit weniger Bedarf. Die einseitige Ausrichtung auf den ersten Arbeitsmarkt geht an den Realitäten in Mecklenburg-Vorpommern vorbei. Wir halten es für falsch, unter anderem die Organisationen für Arbeitsmarkt- und Strukturentwicklung nicht weiter zu finanzieren. Viele Botschaften haben unsere Fraktion erreicht und sicherlich auch Ihre. Diese OASEn haben sich zu regionalen Kompetenz- und Dienstleistungszentren für die aktive Arbeitsmarktpolitik entwickelt und sie werden weiterhin dringend gebraucht.

(Beifall bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS – Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS: Genau. – Gabriele Měšťan, Die Linkspartei.PDS: Jawohl.)

Insbesondere der Programmentwurf des EFRE lässt eine nachhaltige Politik vermissen. Sie werden der Notwendigkeit, mehr in die Köpfe, statt in Beton zu investieren, was Sie ja auch wollen, wie ich gehört habe, nicht gerecht.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Wir machen das.)

Sie halten an einem antiquierten Verständnis von Investitionen fest. Eine Aufstockung der Mittel für den Straßenbau ist aus unserer Sicht nicht akzeptabel, ebenso wenig wie die Kürzung der Mittel für die berufliche Weiterbildung.

(Beifall bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie mich noch etwas zum ELER sagen. Wir können es uns nicht leisten, dass EUMittel mit großen Verzögerungen bereitgestellt werden. Dies würde Investitionen verhindern, zu einem Antragsstau und zu Unsicherheiten nicht nur bei Landwirtschaftsbetrieben führen. Ich denke zum Beispiel an die Förderung von Kleinkläranlagen. Allein in der Genehmigungsbehörde Bad Doberan liegen zurzeit 135 Anträge auf Eis.

Wir erwarten von der Landesregierung, dass die Vorfinanzierung, wie von Minister Backhaus versprochen, ohne Wenn und Aber gewährleistet wird.

(Beifall bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS – Minister Dr. Till Backhaus: Kommt noch, kommt noch!)

Ich glaube Ihnen ja, Herr Kollege. Angesichts des wachsenden Bedarfs an ökologisch hergestellten landwirtschaftlichen Produkten kritisieren wir, dass die Umstellungsförderung auf ökologischen Landbau nicht erhöht wird, dafür aber nach wie vor zu große Summen für den ländlichen Wegebau bereitgestellt werden sollen.

(Marc Reinhardt, CDU: Was?)

Klimaschutz, meine sehr geehrten Damen und Herren,

(Zuruf von Marc Reinhardt, CDU)

taucht im Operationellen Programm des ELER an mehreren Stellen auf. Das ist gut so. Aber ein ganzheitliches Konzept für die Nutzung nachwachsender Rohstoffe und erneuerbarer Energien insbesondere für regionale Wirtschaftskreisläufe im ländlichen Raum ist für uns nicht erkennbar.

(Egbert Liskow, CDU: Augen aufmachen!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben ...

Ja, wir sind lernfähig. Zeigen Sie uns das, dann werden wir das sehen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben natürlich zur Kenntnis genommen, dass nunmehr auch Schwerin, unser „Hauptdorf“ in Mecklenburg-Vorpommern, in die Förderbedingungen des ELER aufgenommen wurde und entsprechende Berücksichtigung findet.

(Heiterkeit bei Dr. Armin Jäger, CDU)

Dann trifft endlich dieser Kosename „Hauptdorf“ auch zu.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ich hoffe, Sie meinen das liebevoll! – Heiterkeit bei Gabriele Měšťan, Die Linkspartei.PDS)

Liebevoll, Herr Jäger, liebevoll.

Wenn insbesondere bei der Denkmalpflege oder bei den Investitionen für Sportstätten die Mittel aus dem ELER zum Einsatz kommen, frage ich mich natürlich als Rostocker, was das für die größte Stadt des Landes, die nun wirklich kein Dorf sein will, heißen soll.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS – Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS: Sehr richtig. – Zuruf von Barbara Borchardt, Die Linkspartei.PDS)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die OPs insbesondere zum EFRE und ELER sind noch nicht verhandelt. Es gibt dazu unseres Wissens noch keine Zustimmung im Begleitausschuss und offensichtlich liegen uns auch falsche Finanztableaus vor.

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS: Richtig.)

Ich finde diesen Umgang mit dem Parlament unerträglich und Sie können sicher sein, dass wir uns das in den Ausschüssen nicht gefallen lassen werden.

(Beifall bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS)

Meine Damen und Herren, ich komme zum Schluss. Aus der Sicht der Fraktion der Linkspartei.PDS wird mit dem Nachtragshaushalt auf notwendige Entwicklungen im Lande Mecklenburg-Vorpommern nicht ausreichend reagiert. Meine Fraktion wird deshalb unter anderem folgende Veränderungen vorschlagen:

Erstens. Die vorschulische Bildung – bisher erfolgreich für die Fünfjährigen durchgesetzt – ist auf die Altersgruppen 3 und 4 in den Kitas auszudehnen. Das wären etwa 4 Millionen Euro pro Jahr.

Zweitens. Akuter Handlungsbedarf besteht bei der Ausbildung an den Berufsschulen. Um die Unterrichtsversorgung zu sichern, müssen 125 Stellen zusätzlich ausfinanziert werden.

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS: Richtig. – Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Drittens. Die wirtschaftliche Filmförderung steht öffentlich zur Debatte. Wir wollen sie mit 300.000 Euro finanziell untersetzen.

(Unruhe bei Marc Reinhardt, CDU, und Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS – Zuruf von Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS)

Ich höre jetzt erst mal zu.

(Glocke der Vizepräsidentin – Dr. Armin Jäger, CDU: Nun lasst ihn doch mal reden!)

Viertens.

(Heiterkeit und Zuruf von Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

Ja, sie ist eben so, wie sie ist, ja.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU)

Viertens. Trotz der Steuermehreinnahmen bleibt die Haushaltslage in den Kommunen angespannt und die Defizite sind enorm.

Deshalb fordern wir die Landesregierung auf, die den Kommunen zustehenden Mehreinnahmen aus dem Jahr 2006 bereits in 2007 vollständig, nämlich noch einmal 42 Millionen mehr – wenn das jetzt so richtig korrigiert ist –, zur Verfügung zu stellen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, meine Fraktion erwartet spannende und kritische Beratungen in den Ausschüssen. Wir werden unseren Teil dazu beitragen. Wir stimmen für die Überweisung in den Finanzausschuss und in die anderen Ausschüsse. – Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS)

**Vizepräsidentin Renate Holznagel:** Danke, Herr Professor Methling.

Das Wort hat jetzt der Minister für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus Herr Seidel.

**Minister Jürgen Seidel:** Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich zunächst einmal feststellen, dass die Rahmenbedingungen für die erste Haushaltsdebatte der neuen Koalition außerordentlich ermutigend sind.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Egbert Liskow, CDU: Genau.)

Es ist so, dass wir eine wesentlich verbesserte Konjunkturlage auch bei uns im Land Mecklenburg-Vorpommern haben. Natürlich ist eine Arbeitslosenquote von 19,2 Prozent viel zu hoch, das ist ganz klar,

(Barbara Borchardt, Die Linkspartei.PDS: Das ist das Problem.)

aber wir haben 24.500 Arbeitslose weniger als im Vergleichsmonat des letzten Jahres. Und dies geschieht nicht über arbeitsmarktentlastende Instrumentarien,

(Zuruf von Barbara Borchardt, Die Linkspartei.PDS)

sondern dies geschieht über den ersten Arbeitsmarkt.

Da müssen Sie mal die Rechnung genau angucken. So etwas geht überhaupt nicht, was Sie jetzt gerade erzählt haben.

Wichtig ist auch festzustellen, dass wir bei den jungen Arbeitslosen unter 25 Jahren im Vergleich zum Vorjahr 4.100 Jugendliche weniger haben, die nicht in Arbeit sind. Ich gebe zu, hier bleibt uns nach wie vor eine sehr wichtige Aufgabe bestehen.

Meine Damen und Herren, wenn ich von diesen verbesserten Rahmenbedingungen spreche, dann weiß ich

natürlich, dass dabei die Konjunktur, die Weltkonjunktur, auch der milde Winter eine wichtige Rolle spielen. Aber man kann deutlich sagen, dass sich die Rahmenbedingungen auch im Land Mecklenburg-Vorpommern verbessern, und das führt dazu, dass wir derzeit 5.100 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte mehr bei uns in Arbeit haben als im Vergleichsmonat des vorherigen Jahres. Das reicht überhaupt nicht aus. Und insofern müssen wir uns in jedem Punkt Gedanken machen, wie wir die Rahmenbedingungen für diese günstige konjunkturelle Situation bei uns im Lande verbessern können.

Wir haben einen Zuwachs bei offenen Stellen und wir haben ihn nicht nur bei Zeitarbeitsfirmen oder vielleicht Servicecentern, also auch Callcentern, sondern wir haben ihn auch bei Handwerksbetrieben, in der Bauwirtschaft und im verarbeitenden Gewerbe. Ich will überhaupt nicht darüber hinwegreden, dass wir einen hohen Anteil von Langzeitarbeitslosen haben, wo sich gegenwärtig leider sehr wenig bewegt.

Meine Damen und Herren, der wirtschaftliche Strukturwandel in Mecklenburg-Vorpommern wird noch weitergehen. Insbesondere die Bauwirtschaft ist davon natürlich berührt, aber auch – es wurde ja schon erwähnt – der öffentliche Dienst wird kleiner werden in Mecklenburg-Vorpommern. Hier wird es einen Arbeitsplatzabbau geben und man muss auch konstatieren, dass leider Gottes in einem Stärkenbereich des Landes, in der Landwirtschaft, selbst wir Arbeitsplätze eher verlieren, als dass wir sie gewinnen.

Das ist ein Thema, dem wir uns sicherlich noch ernsterhafter zuwenden werden müssen, aber es ist so, dass die Verluste an Wertschöpfung und Beschäftigung durch Wachstumsbereiche des Landes im verarbeitenden Gewerbe, in den unternehmensnahen Dienstleistungen und im Tourismus mehr als ausgeglichen werden. Deswegen werden die Ziele der Wirtschaftspolitik, die sich im Haushalt 2007 wiederfinden, ganz besonders ausgerichtet auf die Verzahnung von Wirtschaftsförderung und Arbeitsmarktförderung. Und warum? Weil es erreicht werden muss, dass die wirtschaftliche Basis in Mecklenburg-Vorpommern breiter wird. Dafür gibt es ganz wichtige Gründe, nämlich die anerkannte Tatsache, dass mehr Wirtschaftsleistung auch zu mehr Arbeitsplätzen im Lande führt und wir damit wenigstens eine Chance bekommen, Abwanderung zu bekämpfen, dass Frauen und Männer Perspektiven bekommen im Hinblick auf ihre Familien und, und, und. Ich will es bei dieser Aufzählung belassen.

Meine Damen und Herren, deswegen ist die Politik der Landesregierung auf Wachstum, Innovation, Bildung, Qualifizierung und Beschäftigung ausgerichtet und wir werden dafür sorgen, dass es mit dem Haushalt insbesondere die Förderung von Vorhaben gibt, die nachhaltig positive Wirkungen auf die Menschen und die Bedingungen hier im Lande haben. Und es ist richtig, wir haben bei der Strukturierung der europäischen Fördermittel genau diese Grundsätze verfolgt. Uns stehen bei EFRE und ESF knapp 1,7 Milliarden Euro für den genannten Zeitraum von 2007 bis 2013 zur Verfügung. Wir haben die Aufteilung der Mittel vorgenommen. Wir sind bei der Erarbeitung der inhaltlichen Programme. ESF ist im Kabinett beschlossen worden, EFRE wird demnächst dem Kabinett vorgelegt. Und wir haben die Aufteilung 75:25, die Sie kritisiert haben, Herr Professor Methling, so vorgenommen, auch übrigens in Anerkennung der Halbzeit-

evaluierung. Also insofern, wenn man sich mit den Dingen befasst, ist das eine Schlussfolgerung aus dem Einsatz der Mittel in der vergangenen Legislaturperiode.

Und nun will ich wirklich gern einmal die Frage aufnehmen: Was ist denn nachhaltig daran, wenn man Projekte organisiert wie zum Beispiel: „Wandergesellen erzählen über ihre Erfahrung im Ausland“, dotiert mit 220.000 Euro? Das mag eine schöne Stunde gewesen sein, aber herauskommen wird dabei fürs Land am Ende gar nichts.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Was ist denn dabei nachhaltig, wenn man ein Thema hat wie „Plauderei auf einem Fahrgastschiff über die Königin Luise“, dotiert mit knapp 70.000 Euro?

(Heiterkeit bei

Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS:

Da bin ich ja gespannt, wer das beantragt hat. –

Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Was ist denn dabei innovativ, wenn man Flugzeuge in den Himmel jagt mit einem großen Plakat dahinter: „Einfach anfangen“? Man hängt überall Plakate auf, gibt fast 20 Millionen Euro für Marketing aus und am Ende gibt es Existenzgründungen im Baubereich.

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS:

Das ist nicht wahr!)

Also insofern ist da, auch wenn Sie es immer schön laut sagen, ...

(Zuruf von

Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS)

Auch, ja, ja, ja. Das habe ich sehr wohl gelesen und dann hat man es gemacht in sogenannten bauähnlichen Berufen. Also wissen Sie, das Spiel kennen wir. Insofern habe ich dieses Thema aufgegriffen, weil die Frage von Nachhaltigkeit hier gerade eine Rolle spielte, und da habe ich wirklich genügend Gegenbeispiele, da können Sie ganz sicher sein, um das zu begründen.

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS:

Und was ist an der Fluglinie nachhaltig?)

Wir wollen auch die Flexibilisierung des Förderinstrumentariums umsetzen, also die Möglichkeit von Darlehen einräumen. Das gibt neue Möglichkeiten. Das ist auch für kleinere Unternehmen unter Umständen sehr wichtig und wir haben die Chance, über revolvingierende Fonds nach 2013 noch Mittel zur Verfügung zu haben.

Meine Damen und Herren, die Neuaufteilung der europäischen Fördergelder 2007 bis 2013 heißt auch, wir schichten insgesamt 150 Millionen Euro zugunsten der Bereiche Bildung, Forschung, Technologie und Innovation um, im Übrigen in einer Situation, wo uns insgesamt mit EFRE und ESF zusammen 220 Millionen Euro weniger zur Verfügung stehen als in der letzten Förderperiode.

Ich will übrigens auch noch eine Bemerkung machen zu dem Thema OASE. Auch da bitte ich darum, dass wir uns ganz sachlich unterhalten.

(Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS: Ja.)

Mecklenburg-Vorpommern ist das einzige Land, was in der Art und Weise eine Stammkräfteförderung gemacht hat. Wir erkennen das an. Wir werden das nicht abrupt ändern.

(Unruhe bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS – Zurufe von Gabriele Měšťan, Die Linkspartei.PDS, und Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS)

Ja, nun mal langsam! Wir werden das nicht abrupt ändern. Wir werden das aber für das Jahr 2008 anders machen und das werden wir in den einzelnen Gesprächen mit den OASEn auch klären. Ich hatte jetzt drei solcher Gespräche. Am Ende kommt heraus, dass dies gut machbar ist, auch über die Möglichkeiten der Arge.

(Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS:  
Da haben wir andere Informationen.)

Wir müssen das einfach zur Kenntnis nehmen. Es gibt andere Zuständigkeiten seit dem Jahr 2005. Es gibt Änderungen im rechtlichen Bereich, im SGB II und im SGB III, und wir sind wirklich gut beraten, mit den Geldern in Ihrem Sinne,

(Regine Lück, Die Linkspartei.PDS: Ja.)

wie Sie es sagten, nachhaltig umzugehen.

(Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS:  
Darüber könnten wir noch mal sprechen. – Zuruf von Barbara Borchardt, Die Linkspartei.PDS)

Insofern werden wir dies auch tun. Wir können gern darüber reden. Da weiche ich überhaupt keiner Diskussion aus.

Für die Verbundforschung zwischen Wirtschaft und Wissenschaft werden wir 50 Millionen Euro mehr einsetzen. Also wir legen deutlich einen Schwerpunkt auf die Schaffung von hochwertigen Arbeitsplätzen im Umfeld von Hochschulen und Universitäten, auf die verstärkte Ausgründung neuer Unternehmen in den sogenannten Hightechbereichen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Meine Damen und Herren, auch ich will sagen, dass wir natürlich eine Entwicklung der Landesfinanzen haben, die man nur als positiv bezeichnen kann. Und wir haben uns dazu ganz klar und deutlich positioniert. Wir müssen damit rechnen, dass wir zukünftig geringere Unterstützungszahlen seitens des Finanzausgleiches haben werden. Das erfordert, dass wir im Lande strukturelle Voraussetzungen schaffen und uns auf die Schwerpunkte wirklich konzentrieren, die da heißen: erster Arbeitsmarkt, Bildung, Qualifizierung und Innovation. Dabei müssen wir immer sehen, dass wir den eigenen Haushalt natürlich in den Blick nehmen. Aber ich denke, wir sind auch gut beraten, die kommunalen Haushalte dabei nicht außen vor zu lassen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zuruf aus dem Plenum: Sehr richtig.)

Insofern geht es immer um diese Gesamtbetrachtung, die uns in Mecklenburg-Vorpommern dann wirklich voranbringen wird.

Meine Damen und Herren, ich glaube, dass wir es geschafft haben, in der neuen Landesregierung einen anderen Stil des Umgangs miteinander und einen anderen Stil des Umgangs hier im Lande zu organisieren. Ich erinnere nur daran, wir haben jetzt einen Mittelstandsbeirat bei mir im Ministerium gebildet, der dokumentieren soll, dass wir die Meinung der Praxis auch wirklich in die Politik holen wollen.

(Heiterkeit bei  
Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS:  
Ich hab die meisten Beiräte gehabt,  
Herr Seidel. – Heiterkeit bei  
Gabriele Měšťan, Die Linkspartei.PDS)

Ich erinnere an die Meldung heute in der Presse, dass es gelungen ist, was ich außerordentlich wichtig für Mecklenburg-Vorpommern finde, in einem Mediationsverfahren, also im Dialog mit der Universität Rostock zu einer Klärung der Fragen für die Zukunft zu kommen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Das halte ich für außerordentlich wichtig.

(Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS:  
Ich hab einen sehr guten Dialog mit der Wirtschaft gehabt. – Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Und ich glaube auch, dass wir das, was in Vorbereitung auf den G8-Gipfel notwendig ist, mit den ansässigen Kreisen und Gemeinden besprechen und dort zu vernünftigen Lösungen kommen werden. Selbst wenn es noch ein paar Dinge gibt, was die Camps betrifft, wir werden jeden Tag neue Herausforderungen diesbezüglich haben.

Meine Damen und Herren, ein Punkt, der uns weiter beschäftigen wird, ist das Thema Bildung, Ausbildung, Weiterbildung. Insofern verweise ich hier nur auf die Situation: Wir haben in diesem Jahr 23.500 Bewerber und von diesen sind allein 52 Prozent sogenannte Altbewerber. Das heißt, wir haben weiterhin eine schwierige Situation in der Bereitstellung von Ausbildungsplätzen. Man muss der Wirtschaft immer wieder deutlich machen, nach 2010 kommt der absolute Einbruch wirklich an. Damit muss man rechnen und man muss jedem Unternehmen sagen: Bildet jetzt aus! Helft uns, dieses Problem zu lösen! Ihr seid auch wirtschaftlich gut beraten, dies zu tun, weil das Nachwuchsthema ein immer größeres wird.

(Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS:  
Richtig.)

Ich meine, wir haben per 31.12. zwar 6.800 betriebliche Ausbildungsplätze, das ist ein Plus von 5,4 Prozent zum bisherigen Verlauf, aber das reicht im Moment nicht aus. Wir sollten uns weniger darum streiten, ob wir es jetzt noch schaffen, die Leute in vollzeitschulische Jahrgänge reinzukriegen. Das ist natürlich kein Ersatz für eine entsprechende vollwertige betriebliche Ausbildung. Das wissen wir auch alle.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig.)

Insofern muss die Kraft auf die Schaffung betrieblicher Ausbildungsplätze ausgerichtet werden und dafür will ich deutlich votieren.

(Andreas Bluhm, Die Linkspartei.PDS:  
Und wenn das nicht gelingt, was machen wir dann mit den Jugendlichen? – Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS:  
Dann sitzen sie wieder auf der Straße.)

Meine Damen und Herren, ein weiteres Thema ist das der Stärkung der Familien, was auch in den Haushaltsverhandlungen eine große Rolle spielen wird, insbesondere 2008/2009. Ich bin da ganz optimistisch, auch nach unserer gestrigen Beratung im Koalitionsausschuss. Ich glaube, hier sind wir auf sehr gutem Wege.

Lassen Sie mich deutlich sagen, wir werden es zukünftig nicht leichter haben. Es bleibt eine schwierige Aufgabe, in Mecklenburg-Vorpommern mit den Möglichkeiten des Haushaltes die Dinge voranzutreiben. Aber ich bin mir sicher, dass wir auf richtigem Wege sind. Ich bin mir sicher, dass wir eine gute Chance haben, Mecklenburg-Vorpommern als Zukunftsland zu etablieren und zu präsentieren. Ich glaube, dass man sich dafür durchaus gegenseitig Erfolg wünschen kann. Ich glaube, das ist ein übergreifender Kompromiss. Das hoffe ich zumindest. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

**Vizepräsidentin Renate Holznagel:** Danke schön, Herr Minister.

Das Wort für die Fraktion der SPD hat jetzt der Abgeordnete Herr Borchert.

**Rudolf Borchert,** SPD: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben heute in Erster Lesung den Nachtragshaushalt 2007 zu beraten und bereits am 9. Mai 2007 die Zweite Lesung zum Nachtragshaushalt geplant. Ich meine, das ist durchaus ein ehrgeiziger Zeitplan. Wenn ich allerdings an die Vorjahre denke, an andere Nachtragshaushalte, glaube ich, dass der Umfang der Anpassungsnotwendigkeiten dieses Ziel auch gut erreichen lassen wird.

Wenn ich nur daran denke, 2003, in Zeiten anderer Steuerentwicklungen, wo wir praktisch im Nachtragshaushalt einen Fehlbedarf auf der Einnahmeseite von sage und schreibe 645 Millionen Euro im Rahmen von Nachtragshaushaltsverhandlungen ausgleichen mussten, dagegen ist der jetzt vorliegende Nachtragshaushalt regelrecht ein Spaziergang. Das sei mal gestattet als kleiner Rückblick.

Zum vorliegenden Nachtragshaushalt sollte man aber auch noch bemerken, dass es durchaus Meinungen gab, dass beim Aufstellen des Doppelhaushaltes von 2006 und 2007 möglicherweise ein Doppelhaushalt kein geeignetes Mittel wäre. Ich möchte die Gelegenheit nutzen, aus der Erfahrung, die wir jetzt mit dem Nachtragshaushalt 2007 haben, noch einmal klarzustellen, dass ich nach wie vor der Meinung bin, dass der Doppelhaushalt ein geeignetes Mittel ist. Wir haben zur Kenntnis zu nehmen, dass wir hier – nicht durch Regierungsbildung möglicherweise verursacht – eine vorläufige Haushaltsführung haben. Wir haben praktisch einen nahtlosen Übergang von 2006 zu 2007. Wir haben Planungssicherheit für alle Beteiligten und aus dieser Erfahrung heraus kann ich allen Nachfolgenden, die darüber diskutieren und zu entscheiden haben, nur empfehlen, am Prinzip des Doppelhaushaltes festzuhalten.

(Andreas Bluhm, Die Linkspartei.PDS:  
Na, da warten wir mal ab! – Heiterkeit bei  
Andreas Bluhm, Die Linkspartei.PDS, und  
Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS –  
Zuruf von  
Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, nun zum Nachtragshaushalt 2007. Warum ist er überhaupt notwendig? Es sind natürlich Anpassungsnotwendigkeiten auf der Einnahmeseite. Wir haben Gott sei Dank eine positive Steuerentwicklung, die es uns ermöglicht, hier 399 Millionen Euro gegenüber dem Planungsansatz zusätzlich einzustellen. Wir haben Anpassungsnotwendigkeiten

aber natürlich auch auf der Ausgabenseite. Einige Punkte wurden hier schon genannt: Kommunalfinanzen und G8-Gipfel. Aber wir haben auch Anpassungsnotwendigkeiten aufgrund der Veränderungen bei den europäischen Fonds und wir haben Anpassungsnotwendigkeiten – das ist immer so bei einer Regierungsbildung – aufgrund von Neustrukturierung der Landesregierung mit Auswirkungen auf die Systematik des Haushaltes insgesamt. All dieses macht einen Nachtragshaushalt notwendig.

(Andreas Bluhm, Die Linkspartei.PDS:

Die Einsparung von Ministerien  
haben wir gar nicht gefordert. –

Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS:

Ach, das haben wir vergessen. – Heiterkeit  
bei Andreas Bluhm, Die Linkspartei.PDS,  
Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS,  
und Gabriele Měšťan, Die Linkspartei.PDS)

Jetzt zu einigen Schwerpunkten des Nachtragshaushaltes aus meiner Sicht: Ja, es stimmt, das hervorsteckende Merkmal dieses Nachtragshaushaltes 2007 ist der Verzicht auf die im Planansatz vorgesehenen 375 Millionen Euro Neuverschuldung. Es ist ein großer Erfolg. Das wurde schon mehrfach beschrieben. Ich bin natürlich sehr froh, dass diese geplanten Kredite nicht benötigt werden. Es ist auch, glaube ich, sehr wichtig, dass wir dieses für uns mal konstatieren, dass der Kurs, den wir bisher fahren, sich an dieser Stelle wirklich auszahlt. Des Weiteren, glaube ich, ist es wichtig festzustellen, dass wir nach wie vor eine hohe Investitionsquote mit 17 Prozent haben werden. Diese 1.179.000.000 Euro sind schon, auch verglichen mit anderen Ländern, nach wie vor ein sehr hohes Investitionsvolumen. Der Investitionsetat wäre noch größer, wenn wir nicht in guter Absicht oder in guter Entscheidung eine Zweckbindung hätten – im Zusammenhang mit SGB II von 100 Prozent auf 40 Prozent reduziert – im Einsatz der kommunalen Mittel.

Ich möchte einen weiteren Schwerpunkt benennen, das ist der G8-Gipfel. Wenn ich die Bundesmittel mit einrechne, Herr Methling, dann liegen wir über 70 Millionen Euro, also nach meiner Rechnung bei 78,4 Millionen Euro.

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS:

Aber, Herr Borchert, da werden Sie doch nicht  
noch stolz drauf sein, dass wir darüber liegen!)

Frau Gramkow, ich möchte sachlich feststellen, wir werden das noch einmal im Haushalt abgleichen,

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS:

Ja, das können wir gerne tun.)

dass wir bei 78,4 Millionen Euro liegen. Ich wollte nur die Zahl nennen.

(Heiterkeit bei

Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS:

Schau'n wir mal, schau'n wir mal!)

Ich wollte hier gar nichts weiter bewerten.

Natürlich sehr positiv und erfreulich ist die Entwicklung der Kommunalfinanzen. Die Ministerin hat darauf hingewiesen, dass wir hier aus 2006 8 Millionen Euro einsetzen werden und dazu natürlich die durch den Gleichmäßigkeitsgrundsatz den Kommunen und der Steuerentwicklung zustehenden 104 Millionen Euro, sodass wir insgesamt bei 124 Millionen Euro liegen. Entschuldigung, es sind 106 Millionen Euro aus 2007. Darüber hinausge-

hende Forderungen, Herr Methling, können wir an dieser Stelle heute nicht mittragen. Ich glaube, die Argumentation von Frau Keler war da eindeutig. Die Rechtslage lässt nichts anderes zu.

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS:  
Das ist falsch.)

Im Gegenteil, ich glaube, wir sind unabhängig von der Rechtslage der kommunalen Ebene hier schon deutlich entgegengekommen.

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS:  
Das ist falsch, Herr Borchert. – Heiterkeit bei  
Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS:  
Nee, nee, nee, Herr Borchert. –  
Zuruf von Ministerin Sigrid Keler)

Herr Methling, ich komme jetzt zu einem Punkt, wo wir vielleicht wieder etwas näher beieinander sind. Es wird Sie vielleicht nicht überraschen, da sind Finanzpolitiker hartnäckig, dass wir Ihre grundsätzlich kritische Haltung zur Fluglinienförderung natürlich teilen. Das haben wir in den letzten Jahren so gemacht, das machen wir auch jetzt so.

(Beifall bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS)

Ich betone, als Finanzpolitiker

(Andreas Bluhm, Die Linkspartei.PDS:  
Aber, aber?!)

der SPD-Fraktion.

(Zuruf von  
Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS –  
Heiterkeit bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS)

Ich muss allerdings auch akzeptieren, das ist dann praktisch Konsens, dass wir mit einer erneuten, ich betone, mit einer erneuten Anschubfinanzierung über die Jahre 2007, 2008 und 2009 insgesamt immerhin mit einem Volumen von 7,56 Millionen Euro – ich betone, mit einer erneuten Anschubfinanzierung – hoffen, dass sich diese Fluglinie Laage–München, darum geht es, wirklich von allein trägt.

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS: Das  
glauben Sie doch nicht wirklich, Herr Borchert!)

Ich möchte hier auch klarstellen, dass 2010 Schluss sein muss mit dieser Fluglinienförderung.

(Beifall Heike Polzin, SPD –  
Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS:  
Sehr gut. – Birgit Schwebs, Die Linkspartei.PDS:  
So spät erst.)

Ich möchte des Weiteren, Herr Methling, Sie davon in Kenntnis setzen, dass wir nicht so, wie Sie jetzt vermuten, bei Jugend- und Schulsozialarbeit möglicherweise kürzen würden.

(Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS:  
Nein?)

Wir haben das Programm bis 2013 mit 51,4 Millionen Euro ausfinanziert. Wir gehen davon aus, dass dieses Geld ausreichend ist, um durchgehend annähernd 600 Stellen zu finanzieren, sicherlich mit einer neuen Akzentuierung, schwerpunktmäßig in der Schulsozialarbeit. Das ist auch so vorgesehen und sinnvollerweise notwendig.

(Zurufe von  
Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS,  
und Gabriele Měšťan, Die Linkspartei.PDS)

Und diese Zahlen, Frau Gramkow, werden wir uns noch einmal genau ansehen.

(Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS:  
Das war ja sein Kritikpunkt.)

Es ist zumindest nicht so, dass in diesem Bereich Geld gekürzt wird.

(Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS:  
Das mit der Jugend- und Schulsozialarbeit. –  
Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS:  
Das hat er auch gesagt. –  
Gabriele Měšťan, Die Linkspartei.PDS: Genau.)

Was erfreulich ist, Herr Methling, das kann ich nur unterstreichen, dass wir das Programm „Demokratie und Toleranz“ im Sozialministerium mit zusätzlich 360.000 Euro verstärken werden. Ich glaube, in diesem Bereich kann man gar nicht genug Geld einsetzen, sage ich mal ein bisschen polemisch, weil wir an dieser Stelle wirklich alle Anstrengungen unternehmen müssen, um unseren Beitrag zur Stärkung von Demokratie und Toleranz in unserem Land zu leisten.

(Beifall bei Abgeordneten der  
SPD, CDU und Linkspartei.PDS –  
Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS:  
Sehr richtig.)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, der Nachtragshaushalt, der vor uns liegt, ist natürlich ein ganz wichtiger Haushalt, auch wenn die Anpassungsnotwendigkeiten nicht so groß sind wie andere in der jetzigen Phase der Haushaltsentwicklung unseres Landes. Ich glaube schon, dass er deutlich macht, dass es sich lohnt, Kurs zu halten, und sich das letztendlich auch auszahlt. Ich habe schon darauf verwiesen, worauf es hier letztendlich ankommt bei den wichtigsten Zielen, die vor uns liegen, wobei ich, anders als vielleicht Vorredner, für mich keine Nettoneuverschuldung als Ziel an sich definieren würde. Das wäre für mich eher eine Maßnahme und ganz zwingend für die nächsten Jahre einzuhalten, wenn die Rahmenbedingungen das zulassen.

Mein Hauptziel wäre ein anderes. Mein Hauptziel wäre wirklich, die Gesamtverschuldung nachhaltig zu stoppen und spätestens 2010 zu beginnen, diese Gesamtverschuldung zurückzufahren. Warum sage ich das? Wir haben selbstverständlich pro Einwohner eine Gesamtverschuldung, die weiter steigen wird. Sie liegt jetzt bei 6.405 Euro. Beim Rückgang von Einwohnern muss natürlich im Blick gehalten werden, dass wir Überschüsse erwirtschaften müssten, um zumindest den Schuldenstand pro Einwohner zu halten. Das würde bedeuten, circa 80 Millionen Euro Überschüsse zu erwirtschaften, um überhaupt den Schuldenstand pro Einwohner stabil zu halten. Dann haben wir noch nicht getilgt und den Schuldenstand noch nicht abgebaut. Das ist die große Herausforderung, die in den nächsten Jahren vor uns steht. Und der Verzicht auf Nettoneuverschuldung wäre für mich ein Mittel, ein Zweck dazu, um überhaupt die Gesamtverschuldung in diesem beschriebenen Maße letztendlich zu reduzieren.

Ein zweites Hauptziel in dem Zusammenhang ist die zwingende Notwendigkeit, bis etwa 2010, möglichst bis 2010, spätestens bis 2011 das jetzige strukturelle Defizit, das

noch immer bei über 300 Millionen Euro liegt, bei Beginn des Auslaufens und Reduzierung des Solidarpakts II dann wirklich abgebaut zu haben, ein unwahrscheinlich ehrgeiziges Ziel. Ich weiß nicht, ob wir das schaffen, weil es letztendlich bedeuten würde, in den nächsten Jahren Überschüsse zu erwirtschaften zum Abbau des strukturellen Defizits von durchschnittlich 100 Millionen Euro pro Jahr.

Und drittens – das muss ich auch deutlich sagen – geht es als Gesamtziel auch um das Kurshalten mit Kontinuität in einer Haushalts- und Finanzpolitik, so, wie ich sie seit 1998 mitgetragen und mit umgesetzt habe. Für mich war es immer klar und für uns wird es auch zukünftig so sein, denn mein Vorredner Herr Seidel hat das deutlich gemacht: Wir brauchen immer eine Balance zwischen notwendiger Haushaltskonsolidierung auf der einen Seite und natürlich Investitionen in die Zukunft. Wir brauchen auch zukünftig den politischen Handlungsspielraum, um zu investieren in Kinder und Familie, in Bildung, in Infrastruktur und natürlich in Wirtschaft. Ich glaube, dieser Gleichklang, der Gleichklang von Haushaltskonsolidierung und Investitionen, muss für uns auch in den nächsten Jahren trotz allen Konsolidierungsdrucks der entscheidende Maßstab sein und das Hauptziel bleiben.

Bei den Maßnahmen allerdings muss ich auf die Bremse treten bei dem einen oder anderen, der da meint, dass wir jetzt eine günstige Wirtschaftsentwicklung haben, 2,7 ist die neueste Prognose und die Steuerquellen sprudeln ja nur so. Da möchte ich ganz gehörig auf die Bremse gehen und deutlich machen, dass wir überhaupt keine Veranlassung haben, jetzt hier irgendwo, sage ich mal, leichtsinnig zu werden und unseren Kurs zu verlassen. Im Gegenteil, wir müssen die Ausgabenreduzierung weiter konsequent vorantreiben und das heißt für mich vor allen Dingen die konsequente Umsetzung des Personalkonzepts 2004. Wir liegen jetzt im Nachtragshaushalt 2007 bei 36.819 Stellen und wir müssen unser Ziel 2010 von annähernd 30.000 Stellen dann auch konsequent umsetzen. Die Haushaltsersparnisse in dem Zusammenhang von 50 Millionen Euro – der Ministerpräsident hat es gesagt – haben sich bereits 2006 bemerkbar gemacht. Und ich bleibe dabei: Ziel muss es sein, dieses ohne Kündigungen durchzusetzen, um möglichst zu sozialverträglichen Lösungen zu kommen, wie es uns bisher Gott sei Dank auch gelungen ist.

Und ich möchte einen Punkt ansprechen, der bisher hier kaum eine Rolle gespielt hatte, aber es ist für mich auch eine wichtige Maßnahme, um den Kurs halten zu können. Ich meine damit das Verwaltungsmodernisierungsgesetz und die Kreisgebietsreform. Ich halte es nach wie vor für eine der wichtigsten Maßnahmen, um Kurs zu halten. Und im Gegensatz zu einigen, die da meinen, man könnte und müsste sich wünschen, dass das Landesverfassungsgericht wieder alles kippt,

(Beifall Egbert Liskow, CDU,  
und Marc Reinhardt, CDU)

an deren Adresse möchte ich deutlich sagen: Die sich so positionieren und so verhalten, verhalten sich unverantwortlich und nicht im Interesse unseres Landes.

(Beifall Heinz Müller, SPD, und  
Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS)

Ich würde mir ausdrücklich wünschen, dass das Landesverfassungsgericht dem Gesetz im Großen und Ganzen seine Zustimmung geben wird beziehungsweise dieses

nicht infrage stellt.

(Beate Schlupp, CDU: Daran glaube ich  
aber nicht, daran glaube ich aber nicht.)

Das ist für unser Land lebensnotwendig.

Und ich möchte als letzten wichtigen Punkt aus meiner Sicht ansprechen, dass wir natürlich selbstverständlich auch die Einnahmeseite im Blick haben müssen. Es reicht mir einfach nicht, nur über die Ausgabenseite zu reden. Sicherlich ergibt sich unsere Position aus der Tatsache, dass wir nach Bayern und Sachsen das dritte Land ohne Neuverschuldung sind. Sicherlich haben wir an Gewicht gewonnen, aber nach wie vor sind wir ein relativ kleines Land mit wenig Stimmen im Bundesrat, nichtsdestotrotz, wie ich finde, eine gewichtige Stimme in der Diskussion in der Kommission zur Föderalismusreform II. Und da lauern Gefahren für uns, für Mecklenburg-Vorpommern, für die neuen Länder insgesamt, aber natürlich auch für die finanzschwachen Länder. Insofern reicht es nicht, nur einzufordern, dass auch der Solidarpakt II und der Länderfinanzausgleich nicht infrage gestellt werden. Ich glaube, wir müssen grundsätzlich darüber hinaus sehr darauf achten, dass die Position unseres Landes hier in keiner Weise geschwächt wird und man bei jenen nicht nachgibt, die meinen, durch den Ausbau oder die Schaffung von Steuerautonomie in den Ländern könnte das für Mecklenburg-Vorpommern möglicherweise Vorteile haben. Ich sage Ihnen ganz klar und deutlich, das hätte für uns nur Nachteile.

(Beifall Heinz Müller, SPD)

Zum letzten Punkt, der Einnahmeseite, der Unternehmenssteuerreform. Die Ministerin hat einiges dazu gesagt. An der Stelle noch einmal die deutliche Botschaft an diejenigen, die jetzt schon wieder durch die Gegend laufen und meinen, sie müssten der Wirtschaft irgendwelche Versprechungen und Zugeständnisse machen: Der finanzielle Handlungsspielraum für die Unternehmenssteuerreform, der jetzt für 2008 bei 6,4 Milliarden Euro Steuererleichterung liegt – ich sage mal Steuermindereinnahmen für die öffentlichen Haushalte –, ist völlig ausgeschöpft, meine Damen und Herren. Und wenn an dieser Stelle nicht aufgepasst wird, brechen uns die Einnahmen für 2008 weg, was uns das Agieren noch schwerer machen kann. Insofern appelliere ich hier noch einmal an alle Verantwortlichen bei diesem Punkt, der jetzt durchaus notwendig ist und seine positiven Seiten hat, aber aus fiskalischer Sicht äußerst problematisch ist, nach wie vor eine kritische Grundhaltung zu behalten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich komme zum Schluss meiner Ausführungen und möchte noch einmal an mein Motto „Kurshalten lohnt sich“ anknüpfen. Bei Finanzen ist es nun einmal so, für uns zählen in der Regel Fakten und Fakten heißt dann Geld. Und wenn es da festzustellen gilt, und das mache ich sehr gern, dass wir in 2006 geringere Zinsausgaben haben – nämlich insgesamt 62 Millionen Euro weniger, wenn wir in 2007 aufgrund der Tatsache, dass wir eben nicht die 375 Millionen Euro Schulden machen, dass wir 56 Millionen Euro Zinsen weniger ausgeben –, dann zahlt sich Kurshalten wirklich aus. In diesem Sinne, meine Damen und Herren, sollten und werden wir natürlich weitermachen.

Ich möchte im Namen der SPD-Fraktion die Überweisung in den Finanzausschuss und in alle mitberatenden Fachausschüsse beantragen und bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und CDU)

**Vizepräsidentin Renate Holznagel:** Danke schön, Herr Borchert.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Schnur für die Fraktion der FDP.

**Toralf Schnur, FDP:** Meine sehr geehrten Damen und Herren! Am Anfang möchte ich vorwegstellen, dass ich mich jetzt nicht zu den Ausführungen der Finanzministerin äußern werde. Das werden Sie verstehen, unser Fraktionsvorsitzender wird das nachher im Anschluss tun. Ich denke, das ist auch die richtige Lösung dieses Problems. Ich bin an der Stelle vielleicht nicht unbedingt der Richtige, der sich dazu äußert.

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Abgeordnete! Der Grundsatz unserer heutigen Lesung zum Nachtragshaushalt ist nach Auskunft der Landesregierung die Anpassung an die Haushaltsentwicklung. Es ist geradezu bemerkenswert, dass die veränderte Regierungszusammensetzung in diesem Zusammenhang als Notwendigkeit unserer heutigen Lesung für den Nachtragshaushalt nur am Rande erwähnt wird, obwohl es doch so viele Veränderungen gegeben haben soll, zumindest wenn man den Regierungsfractionen glaubt.

(Vizepräsident Andreas Bluhm übernimmt den Vorsitz.)

Die Finanzministerin hat vorhin selbst erklärt, dass es nur eine geringe materielle Verschiebung innerhalb der Positionen gegeben haben soll. Das sehe ich im Übrigen auch so. Die Entwicklung ist insgesamt auf einem richtigen Weg. Das ist auch für eine Oppositionspartei wie uns zu erklären. Das muss man sagen. Die Entwicklung ist wichtig. Jedoch ist das Problem des strukturellen Defizits im Land bei Weitem nicht gelöst. Das haben alle Beteiligten bis jetzt gesagt. Es ist zwar richtig, dass wir ohne neue Kredite auskommen, jedoch führt eine Interpretation nicht zwangsweise zu dem von Ihnen genannten Ergebnis, dass eine beharrliche Haushaltskonsolidierung seitens der Landesregierung dafür verantwortlich ist.

(Beifall Michael Roof, FDP)

Bereits seit mehreren Jahren merken Sie selbst, Frau Finanzministerin, und einige Ihrer Kollegen an, dass ein nicht unerheblicher Einfluss seitens des Bundes, Europas und anderer möglicher Faktoren bei der Finanzplanung des Landes deutlich spürbar ist. Frau Ministerin Keler, an der Stelle haben Sie recht. In Ihrem Gesetzesentwurf weisen Sie selbst darauf hin, dass gerade die Steuermehreinnahmen von Bund und Land in Verbindung mit den Bundesergänzungszuweisungen und dem Länderfinanzausgleich zu dem verbesserten Ergebnis geführt haben. Die Veränderung bei den Mitteln der EU erwähnen Sie in diesem Zusammenhang nur am Rande, obwohl die Veränderungen nicht unerheblich sind. Die meisten Änderungen sind insbesondere gerade auch wegen der EU-Strukturfonds und EU-Mittel festzustellen.

Eines ist in diesem Zusammenhang weiter festzustellen, nämlich dass die Finanzplanungen, die damit verbundenen Einsparungen insbesondere auf der Ausgabenseite zukünftig intensiviert werden müssen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Die vorgenommenen Anstrengungen erfüllen das Ziel nicht, sie verschieben unser Problem nur in die Ferne.

(Beifall Gino Leonhard, FDP, und Michael Roof, FDP)

Würden Sie die Mittel aus dem Solidarpakt II schon heute entsprechend der Rahmenbedingungen verwenden, was Sie nicht tun, so würde Ihr Haushalt schon heute ganz anders aussehen und die Lobeshymnen auf die geleistete Arbeit würden sich schnell in Wohlgefallen auflösen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Ein Anlass zur Freude besteht somit nicht, denn jeder weiß, dass die Mittel des Solidarpakts absehbar auslaufen – Sie selbst haben es gesagt – und elementare Einsparungen notwendig sind.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, lassen Sie mich nochmals auf einen Umstand hinweisen, der durchaus bemerkenswert ist. Die Ressortverschiebungen, die mit der Veränderung der Regierungskoalition eingetreten sind, sind im Nachtragshaushalt dargestellt. Interessant ist nur, dass zwar Ressortverschiebungen in Größenordnungen vorgenommen worden sind, dass jedoch relevante Veränderungen innerhalb der Position – die Ministerin nannte es materielle Veränderungen – im Nachtragshaushalt nur geringfügig stattfinden. Nun stellt sich eine Frage: Wenn das so ist, ist das die Konsequenz, dass die Union ihre Handschrift im Haushalt nicht mehr abgibt? Ist es die Frage, ob die Union sich selbstständig dort im Haushalt überhaupt noch wiederfindet? Ich würde sagen: Nein.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP – Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

In diesem Zusammenhang möchte ich die Veränderungen im Bereich des Wirtschaftsministeriums erwähnen. Mit einer Fasthalbierung des Etats haben Sie die Situation, dass ein Superminister, wie Sie ihn immer nennen, aus meiner Sicht diesen Namen insofern nicht verdient, weil er nur noch einen halben Etat hat.

(Harry Glawe, CDU: Nun mal ein bisschen ruhig!)

Neben den Veränderungen der Zuständigkeiten haben Sie, meine Damen und Herren der Regierungskoalition, auch noch die spannende Aufgabe, den G8-Gipfel als solchen zu finanzieren. Und dort ist festzustellen, dass die SPD-Fraktion als alte und neue Regierungspartei nun endlich auch gelernt hat, dass ein G8-Gipfel Geld kostet.

(Beifall Gino Leonhard, FDP, und Michael Roof, FDP – Harry Glawe, CDU: Noch nicht.)

Da kann auch Ihre Verwaltungsvereinbarung mit dem Bund nichts ändern. Das werden Sie noch feststellen müssen, auch wenn Sie das vielleicht gern möchten, aber Tatsache wird sein, dass Sie am Ende 68,1 Millionen Euro für die Finanzierung bereitstellen müssen, und dieser Betrag wird letzten Endes das Land treffen.

Ich möchte Ihnen in diesem Zusammenhang aber eines erklären: Die FDP-Fraktion hat in erster Instanz kein Problem mit der Finanzierung. Jetzt ist die Frage: Was machen wir damit? Wir müssen an dieser Stelle das Geld bezahlen, das ist so, und wir müssen das Beste für unser Land herausholen. Diese Situation ist von uns nicht gefordert worden, wir haben sie am Anfang nicht unbedingt so schön gefunden, aber wir werden uns jetzt nicht querstellen. Wir werden Sie darin unterstützen, dass wir das Beste für unser Land mit dem G8-Gipfel herausholen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP –  
Zuruf von Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS)

Sehr geehrte Abgeordnete, lassen Sie mich zum Schluss kommen. Das Land Mecklenburg-Vorpommern hat mit diesem Nachtragshaushalt eines erreicht und das soll nicht unerwähnt bleiben: Es gibt keine Neuverschuldung für das Jahr 2007. Die Landesregierung ist jedoch nicht ernsthaft daran interessiert, die Ausgabenseite elementar zu verändern und somit den erforderlichen Spielraum zur Tilgung der Kredite herbeizuführen,

(Zurufe von Heike Polzin, SPD, und  
Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS)

was zu einer weiteren Verschleppung der Strukturdefizite führt. Unter dem Gesichtspunkt der demografischen Entwicklung – das ist ja mehrfach gesagt worden – ist es im Grunde genommen so, dass wir tatsächlich eine Schuldenerhöhung pro Kopf selbst bei einer Nullneuerschuldung haben.

(Beifall Hans Kreher, FDP –  
Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren der Regierungskoalition, machen Sie Ihre Hausaufgaben!

(Heike Polzin, SPD: Danke gleichfalls.)

Gehen Sie entschlossen an die Ausgabenseite und nicht ständig an die Einnahmeseite!

Mit der in diesem Nachtrag offensichtlichen Unentschlossenheit, deutliche Änderungen vornehmen zu wollen, sind wir als FDP-Fraktion nicht einverstanden. Deshalb werden wir Ihren Gesetzentwurf auch ablehnen. Einer Überweisung jedoch stimmen wir zu. – Danke.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP –  
Zuruf von Harry Glawe, CDU)

**Vizepräsident Andreas Bluhm:** Danke schön, Herr Abgeordneter Schnur.

Es hat jetzt das Wort für die Fraktion der CDU der Fraktionsvorsitzende Herr Dr. Jäger. Bitte schön, Herr Abgeordneter, Sie haben das Wort.

**Dr. Armin Jäger, CDU:** Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren Kollegen!

Kollege Schnur, ich will Ihnen das erklären, wo die Handschrift unserer Fraktion zu finden ist,

(Hans Kreher, FDP: Da sind wir aber gespannt.)

auch in einem Nachtragshaushalt. Es ist relativ einfach. Aber ich möchte erst einmal vorweg sagen, wir sind in einer durchaus komfortablen Situation. Es war nicht immer so, sage ich mal ganz vorsichtig, dass wir bei anderen Ländern als das Vorbild gegolten haben. Jetzt sind wir in der Riege der ersten drei, die es schaffen, ihren Haushalt ausgeglichen vorzulegen. Das ist eine Topposition.

(Raimund Borrmann, NPD: Topselbstbetrug.)

Ich wünsche Hansa, dass sie demnächst auch da stehen, und zwar in der Ersten Liga. Das wäre genau das, was wir uns gemeinsam wünschen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und CDU –  
Zuruf von Rudolf Borchert, SPD)

Herr Borchert hatte mit Recht darauf hingewiesen, es wäre falsch zu sagen, jetzt ruhen wir uns auf den Lorbeeren aus. Es ist vollkommen richtig: Wir sind noch nicht durch. Aber was wir getan haben – und das sage ich jetzt in Richtung FDP-Fraktion –, den kleinen Spielraum, den uns die Entwicklung, die wir deutlich sehen, gegeben hat, haben wir durchaus umgesetzt und ausgenutzt. Und ich glaube, das ist auch richtig. Wir haben im Justizbereich zum Beispiel aus dem Untersuchungsausschuss Konsequenzen gezogen. Wir haben dort zehn neue Stellen im Bereich der sozialen Dienste geschaffen. Das kann der eine oder andere für falsch halten, wir halten es für dringend erforderlich, dass im Bereich der Führungsaufsicht und der Bewährungshilfe die Frequenz, nämlich das Verhältnis zwischen dem Betreuer und dem ehemaligen Strafgefangenen, auch wirklich günstiger wird, denn nur so ist vernünftige Arbeit zu schaffen. Das ist kein Luxus.

(Beifall Harry Glawe, CDU, und  
Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS)

Wir haben auch im Nachtragshaushalt – der Wirtschaftsminister hat darauf hingewiesen – schon die veränderte Schwerpunktsetzung im Rahmen der EU-Strukturfonds, insbesondere im ELER, Herr Landwirtschaftsminister, vorgenommen. Das wird vonseiten der PDS für falsch gehalten, das wissen wir, das haben Sie immer schon so gesehen. Aber auch da hat Herr Seidel, der Wirtschaftsminister, gesagt, welche Projekte wir sicher nicht mehr machen, das mit dem Wandergesellen, na ja.

Worüber ich mich aber wirklich freue, da gucke ich jetzt Frau Gramkow an, weil wir im gleichen kommunalen Vertretungsorgan sitzen, ist, dass wir erstmalig, das ist ein Jubiläum, seit vielen Jahren den Verbundsatz für die Beteiligung der Kommunen an den Einnahmen des Landes nicht nach unten, sondern endlich Gott sei Dank wieder nach oben gebracht haben.

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS: Dafür müssen wir aber nicht der CDU danken, oder?)

Ich hoffe, dass das eine dauernde Entwicklung ist. Das war ein Stück Versprechen, das wir den Kommunen gegeben haben, und da finden Sie hoffentlich auch unsere Handschrift wieder. Da bekommen die Kommunen genau das, was ihnen zusteht, ohne Veränderung. Da sehe ich einen amtierenden Bürgermeister, Herr Kreher. Dem werden Sie doch sicher zustimmen.

(Zurufe von Irene Müller, Die Linkspartei.PDS,  
und Hans Kreher, FDP)

Im Bildungshaushalt – auch das wurde gesagt – sind mehr als 12 Millionen Euro dazugekommen. Und natürlich haben wir den G8-Gipfel jetzt solide finanziert. Das gehört auch dazu.

Meine Damen und Herren, ich wollte Ihnen nur einige Eckpunkte darstellen. Mein Kollege Mathias Löttge wird als finanzpolitischer Sprecher genauso akribisch und so genau auf die Zahlen eingehen, wie das Herr Kollege Borchert getan hat.

Aber, Herr Schnur, in dem Haushalt finden wir uns deswegen wieder, weil wir das machen konnten, was man in einem Nachtragshaushalt machen kann. Die Veränderungen sind quasi in einen Rahmen, der vorgegeben ist, einzupassen. Und ich bin auch durchaus bereit, meine sehr kritische Haltung, die ich früher zu Doppelhaushalten geäußert habe, zu revidieren, wenn ich sehe, dass wir

das so schaffen, wie wir es jetzt gekonnt haben, in einen vorhandenen Haushalt die Entwicklung einzubeziehen.

(Beifall Rudolf Borchert, SPD,  
und Heike Polzin, SPD)

Ich sage das als einer, der hier immer die Meinung geäußert hat, dass man das so nicht machen kann. Ich bin nach wie vor dafür, dass, wenn eine neue Regierung gebildet wird, durch eine neue Koalition der Spielraum genutzt wird. Aber, meine Damen und Herren, dies ist ein Stück weit neu, das haben wir gemeinsam geschafft. Und wenn Sie darauf gewartet haben, dass es irgendwo knirscht und rattert, dem war nicht so, sondern es war ein sehr kollegiales Abstimmen innerhalb der Ressorts mit der Finanzministerin.

(Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS: Primaklima.)

Und ich muss sagen, wenn wir das so für den Haushalt 2008, was in der Koalitionsvereinbarung steht, sehr viel deutlicher im Haushalt abbilden, weil das die Abbildung einer Politik im Haushalt ist,

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS:  
Da bin ich ja gespannt.)

dann würde ich sagen, machen wir das sehr gut. Wir haben jetzt einmal richtig gut geübt. Ich wünsche uns allen, den Fachressorts, der Finanzministerin für die Beratungen, dass wir so vorgehen: kein großes Geplänkel, kein großes Wehgeschrei, sondern die Dinge machen, die für das Land etwas bringen, und den finanziellen Spielraum ausnutzen, den wir haben.

Aber das, was Herr Borchert gesagt hat, möchte ich auch für meine Fraktion sehr deutlich unterstreichen. Wir sollten die Chance, die wir jetzt bekommen, ernsthaft und ganz verantwortungsvoll nutzen. Es ist das erste Mal, dass wir den Haushalt ausgleichen konnten. Wir wollen das weiter tun und wir müssen daran arbeiten, dass wir vorhandene Belastungen in Zukunft abbauen.

(Birgit Schwebs, Die Linkspartei.PDS:  
Gut, dass wir eine rot-rote Regierungs-  
koalition vorher hatten.)

Das heißt, erst mal müssen wir wieder einen ausgeglichenen Haushalt haben. Aber so viel kann ich auch mitrechnen, wir brauchen einen Überschuss, um die Schulden weiter abzubauen. Dazu wünsche ich uns allen eine sehr glückliche Hand und dem Ausschuss, insbesondere dem Finanzausschuss, die Fachkunde, die er immer hatte. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und CDU)

**Vizepräsident Andreas Bluhm:** Danke schön, Herr Dr. Jäger.

Es hat jetzt das Wort für die Fraktion der NPD der Fraktionsvorsitzende Herr Pastörs. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

**Udo Pastörs, NPD:** Frau Präsidentin!

(Harry Glawe, CDU: Oh, oh, oh!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Oh, Entschuldigung, Herr Präsident.

Wenn man der Regierung Glauben schenken kann, ist die Neuverschuldung gestoppt. Wahrlich ein historisches Ereignis, wie wir eben gehört haben. Diese Hurrmeldung kann jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass auch

im Haushalt 2006 unglaubliche Summen für die in den letzten Jahren regelrecht in den Sand gesetzten Investitionsruinen durch den Steuerzahler berappt worden sind. Nicht nur hunderte von auf Pump finanzierte Gewerbegebiete verrotten derweil wieder, sondern auch durch Subventionsbetrug entstandener Schaden geht in die zig Millionen. Für 10,9 Milliarden Euro aufgetürmte Schulden weisen Sie Zinszahlungen in Höhe von rund einer halben Milliarde Euro aus. Die Pro-Kopf-Verschuldung liegt, wie wir gehört haben, bei 6.405 Euro pro Einwohner, Kinder und Greise mit eingerechnet. Ihnen laufen die Bürger regelrecht davon und damit verschärft sich die Verschuldung pro Einwohner ebenso, wie sich dadurch die zu erwartende Wirtschaftsleistung wahrscheinlich verschlechtern wird.

Wirft man einen Blick auf die Beschäftigungsentwicklung, Herr Ringstorff, so gingen nicht nur 100.000 versicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse unter Ihrer Führung verloren, sondern der Landesrechnungshof schrieb der Regierung auch ins Stammbuch, dass diese in der Vergangenheit nahezu jeden zweiten Euro aus dem Sozialpakt zweckentfremdet verwandt hat. Seit Jahren übersteigt Ihr Schuldenmachen die Investitionen. Da trifft es sich gut, dass man mittels Doppelhaushalt eine wunderbare Vernebelungspolitik für den Steuerzahler in Szene setzen kann. Mögen Sie auch aus dem Haushaltsjahr 2006 noch ein wenig Schweigegeld an die Kommunen verteilen können, so ist doch schon jetzt absehbar, dass sich bereits in diesem Jahr die noch vor wenigen Wochen rosigen Konjunkturaussichten wieder einzutrüben scheinen.

Auch die Finanzierung ihres 3-Tage-Sommerfestes für Bush und Co., G8-Gipfel genannt, wird weit über 100 Millionen Euro Kosten verursachen, meine Damen und Herren. Das werden wir erleben. Hauptsache zu Gast bei Ringstorff, zulasten des Volkes.

Die Zeit der Bilanzmanipulationen läuft ab. Schon in zwei Jahren beginnt die Absenkung der Mittel aus dem Solidarpakt II. Spätestens dann dürfte Schluss sein mit Ihrer Wechselreiterei, Herr Ministerpräsident. Sie leben von der Hand in den Mund und das wissen Sie genau, meine sehr verehrten Damen und Herren von der Regierung. Das ficht Sie natürlich nicht an, noch einmal zusätzlich knapp 1,3 Millionen Euro in diesen vorliegenden Nachtragshaushalt für den G8-Gipfel einzustellen. Und was natürlich auch nicht fehlen darf, das ist der obligate Batzen in Höhe von 150.000 Euro im Kampf gegen meine Partei, meine sehr verehrten Damen und Herren,

(Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS:  
Das ist viel zu wenig.)

unter dem wohlfeilen Etikett versteckt: „Maßnahmen für Demokratie und Toleranz“.

Herr Innenminister Caffier, offensichtlich haben Sie den auch von Verfassungsrechtlern belächelten Maulkorberlass als untaugliches Mittel erkannt, Oppositionelle niederzuhalten,

(Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU,  
und Dr. Armin Jäger, CDU –  
Dr. Armin Jäger, CDU: Lächerlich.)

und sind glücklich darüber, dass die Finanzministerin zusätzlich 150.000 Euro im Kampf gegen Rechts lockermacht. Diese Summe wird aber nicht reichen, um flächendeckend im Land Hetze gegen Unbotmäßige finan-

zieren zu können. Es sind Gott sei Dank schon zu viele, um dies überhaupt zu erreichen, Herr Minister. Und es werden noch mehr werden, dafür werden wir Sorge tragen, Herr Caffier.

(Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS:  
Träumen Sie mal weiter!)

Um auf die Haushaltslage zurückzukommen, so sage ich Ihnen voraus, dass spätestens 2009 aufgrund der empfindlichen Reduzierung der Mittel aus dem Solidarpakt II nicht nur Ihr frommer Wunsch, in Zukunft ausgeglichene Haushalte zu präsentieren, ad absurdum geführt wird, sondern auch Ihr mit noch so viel Geldeinsatz betriebenes Nötigungs- und Gängelungsprogramm gegen Oppositionelle das Gegenteil bewirken wird, meine Damen und Herren.

(Heiterkeit bei Dr. Norbert Nieszery, SPD,  
und Marc Reinhardt, CDU)

Unabhängig hiervon wird meine Fraktion in Bezug auf den Haushalt 2007 durch Änderungsanträge aufzeigen, wie nach unserer Auffassung die gewonnenen Freiräume den Menschen im Land besser und effektiver zugutekommen können. – Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der NPD)

**Vizepräsident Andreas Bluhm:** Danke, Herr Abgeordneter.

Es hat das Wort für die Fraktion der CDU der Abgeordnete Herr Löttge. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

**Mathias Löttge,** CDU: Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist natürlich nicht so ganz einfach, als Letzter reden zu dürfen. Ich denke, so vieles, was zu diesem Nachtragshaushalt zu sagen wäre, ist auch schon gesagt worden. Insofern versuche ich, mich relativ kurz zu fassen.

(Zuruf von Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS)

Zunächst habe ich anhand der heutigen Debatte eins feststellen dürfen, das freut uns sicherlich alle gemeinsam sehr, liebe Abgeordnete der SPD und der CDU, und zwar, dass übereinstimmend festgestellt wurde, dass wir mit dem vorgelegten Nachtragshaushalt wirklich einen sehr schönen Erfolg erzielt haben. Immerhin – und wer hätte das vor zwei Jahren geglaubt, meine Damen und Herren – legen wir heute das erste Mal einen ausgeglichenen Haushalt ohne Neuverschuldung vor. Wir können uns nun hier versuchen schlechtzureden, wie immer wir wollen, erfreulicherweise wird es deutschlandweit anerkannt.

(Beifall Rudolf Borchert, SPD,  
Dr. Armin Jäger, CDU, und Jörg Vierkant, CDU –  
Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig.)

Nachdem dieses so durch die Medien ging, ich habe mich wirklich gefreut, bekam ich Anrufe aus verschiedenen anderen Bundesländern, wo man sagte, Mensch, toll, dass Mecklenburg-Vorpommern das geschafft hat. Und, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, genau damit sind wir auf dem richtigen Weg. Sicherlich ist dieses auch dem zu danken, dass wir zusätzliche Einnahmen in Höhe von 399 Millionen Euro haben, gleichzeitig damit die Neuverschuldung aber um 375 Millionen Euro senken im Vergleich zu dem, was geplant war.

Meine Damen und Herren, wir haben in den letzten 15 Jahren einen Schuldenstand aufgebaut von 10,9 Milliarden Euro. Es ist schon gesagt worden, das entspricht einer Pro-Kopf-Verschuldung von 6.405 Euro. Insofern kann ich meinem Kollegen, dem finanzpolitischen Sprecher der SPD-Fraktion, nur zustimmen und natürlich der Finanzministerin und all denen, die hier von unseren Fraktionen schon gesprochen haben, wir müssen alles dafür tun, diese Konsolidierung, diesen Konsolidierungsprozess fortzusetzen, insbesondere auch in Anbetracht der geringer werdenden Zuweisungen. Das heißt, tatsächlich muss die Zielstellung sein, nicht nur die Neuverschuldung auf null zu fahren, sondern gleichzeitig irgendwann einmal anzufangen zu tilgen. Und das, glaube ich, ist vorhin schon gesagt worden durch die Finanzministerin, wenn wir jetzt anfangen würden zu tilgen, bräuchten wir ungefähr hundert Jahre. Wir haben das letztens auch in der Fraktion mit der Finanzministerin diskutiert, wann es denn losgeht. Die Kommunen müssten eigentlich sofort anfangen zu tilgen. Wir tun es bisher nicht. Aber wenn wir tatsächlich nicht eine fürchterliche Schuldenlast unseren Kindern, Enkeln und Urenkeln hinterlassen wollen, wird das die vorrangige Aufgabe sein. Insofern, lieber Kollege Borchert, stimme ich Ihnen vollkommen zu, es kann nicht mehr der Anspruch sein, dass die nächsten Haushalte ausgeglichen sind, dass wir keine Neuverschuldung mehr haben, sondern es muss der Anspruch sein, wirklich auch in die Tilgungsphase zu kommen. Und, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich darf Ihnen versichern, daran wird die Koalition arbeiten.

Meine Damen und Herren, wie Sie alle wissen, liegt hinter mir eine kommunalpolitische Vergangenheit. Ich war bis zu meiner Wahl in den Landtag Bürgermeister einer Stadt, der Stadt Barth. Ich erinnere mich, dass ich immer eine ganz wesentliche Forderung hatte, und zwar die Verbesserung der kommunalen Finanzausstattung. Nun mag man die Höhe der Verbesserung der kommunalen Finanzausstattung infrage stellen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: So ist es.)

Ich stelle aber mit Freude fest, dass wir erstmalig mit diesem Haushalt überhaupt einmal wieder eine Verbesserung der kommunalen Finanzausstattung erreicht haben.

(Beifall Rudolf Borchert, SPD,  
Harry Glawe, CDU, und Dr. Armin Jäger, CDU –  
Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig. Das war nötig.)

Und auch wenn wir heute die Diskussion haben, na ja, das Geld geht ja dann wieder durch die höhere Kreisumlage weg, ist das alles nicht verkehrt. Aber stellen Sie sich einmal vor, wir hätten diese bessere kommunale Finanzausstattung nicht und die Kreisumlage würde gleichermaßen steigen. Das wäre für die Kommunen eine Situation, mit der sie überhaupt nicht mehr klarkämen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: So ist es.)

Und ich sage auch: Diese Verbesserung der kommunalen Finanzausstattung hat auch zur Folge, dass freiwillige Leistungen in den Kommunen aufrechterhalten werden können, dass dort noch investiert werden kann

(Zurufe von  
Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS,  
und Irene Müller, Die Linkspartei.PDS)

und auch Förderprogramme in Anspruch genommen werden können. Insofern ist das ein Erfolg, auf den ich

ganz einfach stolz bin, auf den wir stolz sein können, und, liebe Kolleginnen und Kollegen der FDP, wo man sicherlich auch die Handschrift der CDU gemeinsam mit der SPD erkennen kann.

(Beifall Dr. Armin Jäger, CDU)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich etwas sagen zu den Strukturfonds, die bei den Kollegen der PDS immer wieder in der Kritik stehen, so, wie sie jetzt aufgeteilt werden sollen. Ich halte den Ansatz genau für richtig und ich denke, wir als Fraktion halten diesen Ansatz genau für richtig, gemeinsam mit dem Koalitionspartner. Denn es ist zwingend notwendig, wenn wir nachhaltig eine entsprechende Finanzausstattung des Landes, der Kommunen sichern wollen, Arbeitsplätze zu schaffen. Insofern ist der Ansatz, nachhaltige Arbeitsplätze zu schaffen mit der Verwendung der EU-Strukturfonds, genau der richtige. Und wenn man das begleitet durch entsprechende Bildung, dann ist das, denke ich, der richtige Weg und den sollten wir so fortsetzen, den werden wir so fortsetzen, damit werden wir das Land auf den richtigen Weg bringen und damit werden wir Voraussetzungen schaffen, um auch zukünftig ausgeglichene Haushalte vorlegen zu können und eine entsprechende Tilgung der Schulden des Landes sicherstellen zu können.

Erfreulich ist ebenfalls festzustellen, dass bei den Mehrausgaben, die wir tätigen, insbesondere der Bildungsbereich und der soziale Bereich bedacht worden sind. Ich sage, gerade Bildung. Tatsächlich haben wir dort wirklich Verbesserungen erreicht, auch in der Berufsbildung. Wir haben heute 100 Lehrerstellen im Berufsbildungsbereich mehr,

(Beifall bei Abgeordneten  
der CDU und Heinz Müller, SPD –  
Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS:  
Es sind zu wenige.)

als wir das in der Vergangenheit hatten, und dafür haben wir die entsprechenden finanziellen Mittel mit diesem Nachtragshaushalt zur Verfügung gestellt. Ich denke, das ist richtig so, und da darf man jetzt auch nicht immer meinen, die Vergangenheit ein bisschen falsch darzustellen. Es ist genau richtig, dass wir hier eine wesentliche Verbesserung erreicht haben mit der zusätzlichen Zurverfügungstellung von Mitteln im Bildungsministerium. Das ist der richtige Weg, weil Bildung von Jugendlichen, von jungen Menschen, von Auszubildenden auf jeden Fall notwendig ist.

Es ist also alles in allem ein solider Nachtragshaushalt, der hier vorgelegt wird, der den Ansprüchen an die Zukunft gerecht wird, auf den man aufbauen kann, der sicherlich einen guten und sehr leistungsfähigen Kompromiss darstellt. Ich denke, auf dieser Basis können wir diskutieren. Wir werden miteinander diskutieren in den Fachausschüssen. Wir als Fraktion beantragen, diesen Haushaltsentwurf so in die Ausschüsse, in den Finanzausschuss federführend, zu überweisen. Ich freue mich auf die weitere Diskussion, bedanke mich aber auch noch einmal bei der Landesregierung für die Vorlage dieses Haushaltes. Ich denke, es ist eine gute Grundlage für die weitere Haushaltsdiskussion. – Ganz herzlichen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und CDU)

**Vizepräsident Andreas Bluhm:** Danke schön, Herr Abgeordneter.

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Der Ältestenrat schlägt vor, den Gesetzentwurf der Landesregierung auf Drucksache 5/200 zur federführenden Beratung an den Finanzausschuss und zur Mitberatung an den Innenausschuss, den Europa- und Rechtsausschuss, den Wirtschaftsausschuss, den Agrarausschuss, den Bildungsausschuss, den Verkehrsausschuss und an den Sozialausschuss zu überweisen. Wer stimmt für diesen Überweisungsvorschlag? – Danke schön. Gegenprobe. – Danke schön. Stimmenthaltungen? – Damit ist der Überweisungsvorschlag bei Zustimmung durch die Fraktionen der SPD, CDU, Linkspartei.PDS sowie FDP und Gegenstimmen durch die Fraktion der NPD angenommen.

Der Ältestenrat schlägt weiterhin vor, den Gesetzentwurf der Landesregierung auf Drucksache 5/199 ebenfalls zur federführenden Beratung an den Finanzausschuss und zur Mitberatung an den Innenausschuss, an den Europa- und Rechtsausschuss, an den Wirtschaftsausschuss, an den Agrarausschuss, an den Bildungsausschuss, an den Verkehrsausschuss und an den Sozialausschuss zu überweisen. Wer stimmt diesem Überweisungsvorschlag zu? – Danke schön. Die Gegenprobe. – Danke. Stimmenthaltungen? – Damit ist auch dieser Überweisungsvorschlag bei Zustimmung durch die Fraktionen der SPD, CDU, Linkspartei.PDS sowie FDP und Gegenstimmen durch die Fraktion der NPD angenommen.

Der Abgeordnete Michael Roolf hat gemäß Paragraf 88 unserer Geschäftsordnung um das Wort zur Abgabe einer persönlichen Bemerkung gebeten. Bitte schön, Herr Fraktionsvorsitzender, Sie haben das Wort.

**Michael Roolf, FDP:** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Sehr geehrte Frau Ministerin! Sie gestatten mir, dass ich zu dem, was hier heute Vormittag vorgefallen ist, eine persönliche Erklärung und auch eine Erklärung namens der Fraktion der FDP abgebe. Ich finde, das, was Sie hier heute gemacht haben, die Äußerungen, die Sie heute von sich gegeben haben, werfen einen schweren Schatten einerseits auf die heutige Haushaltsdiskussion, aber werfen auch einen schweren Schatten auf das Parlament. Es steht einer Ministerin und es steht auch einer Regierung nach unserer Auffassung von Demokratie nicht zu, einen Abgeordneten, einen frei gewählten Abgeordneten dieses Parlaments in einer solchen Art und Weise hier in der Öffentlichkeit, hier im Parlament zu kritisieren.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP und NPD)

Ich möchte Sie, liebe Frau Ministerin – ich weiß nicht, aus welchem Grund Sie so agiert haben, wie Sie agiert haben –, dringlichst auffordern, solche Art von Äußerungen, solche Art von Maßregelungen an Abgeordnete in diesem Hause zu unterlassen. Ich möchte Sie, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, darum bitten, in Ihrem Kabinett diese Art der Verfahrensweise, diese Art des Umgangs mit Abgeordneten hier im Parlament zur Tagesordnung zu erheben und darüber zu sprechen, ob diese Vorgehensweise richtig gewesen ist. Und ich biete Ihnen, Frau Ministerin, ausdrücklich an, dass wir sehr gerne mit Ihnen weiterhin sehr intensiv politisch zusammenarbeiten möchten, inhaltlich zusammenarbeiten möchten. Wir bitten Sie nur, die Gepflogenheiten der Demokratie in diesem Hause und auch in diesem Land dabei zu achten.

Ich möchte ein Zweites dazu sagen, und zwar betrifft es nicht nur eine Abgeordnetenschele, sondern Sie haben mit Ihren Äußerungen auch in die Arbeit eines Ausschusses des Parlaments eingegriffen. Und ich habe mir kurz noch mal das Statement von Frau Gramkow, der Ausschussvorsitzenden des Finanzausschusses, bestätigen lassen: Es gibt keinen Dissens zwischen der Ausschussvorsitzenden des Finanz- und Liegenschaftsausschusses und der Fraktion der FDP.

Eine dritte Anmerkung möchte ich an dieser Stelle auch aus ganz persönlichem Anlass machen. Sie haben zitiert, dass ich in der Presse Ihren Rücktritt gefordert hätte. Sehr geehrte Frau Ministerin, ich bitte Sie, Ihren Staatssekretär dazu anzufragen, der mich am Tag nach der Presseveröffentlichung angerufen hat, und ich bitte Sie, sich von ihm erklären zu lassen, was ich ihm darauf geäußert habe. Schade, dass Sie das nicht selber im Hause regeln.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP –  
Zuruf von Ministerin Sigrid Keler)

Als Viertes möchte ich eines auch noch feststellen: Wir als Liberale sind auch sehr verwundert über die Art der Presseschele, wie sie hier im Hause gelaufen ist. Ich bin stolz darauf, dass wir die Pressefreiheit in diesem Land haben, und wir Liberalen werden alles dafür tun, um die Pressefreiheit in diesem Lande weiterhin zu erhalten.

Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP –  
Ministerin Sigrid Keler: Eigentlich hätte  
ich ja eine Entschuldigung erwartet. –  
Zuruf von Reinhard Dankert, SPD)

**Vizepräsident Andreas Bluhm:** Meine sehr verehrten Damen und Herren, vereinbarungsgemäß rufe ich an dieser Stelle den **Tagesordnungspunkt 3** auf: Beratung des Antrages der Fraktionen der SPD und CDU – Erhalt des Bundespolizeiaus- und -fortbildungszentrums Ost am Standort Neustrelitz, Drucksache 5/262. Hierzu liegt Ihnen ein Änderungsantrag der Fraktion der Linkspartei.PDS auf der Drucksache 5/340 vor.

**Antrag der Fraktionen der SPD und CDU:  
Erhalt des Bundespolizeiaus-  
und -fortbildungszentrums Ost  
(BPOLAFZ) am Standort Neustrelitz  
– Drucksache 5/262 –**

**Änderungsantrag der Fraktion  
der Linkspartei.PDS  
– Drucksache 5/340 –**

Das Wort zur Begründung des Antrages der Fraktionen der SPD und CDU hat der Abgeordnete Herr Nieszery. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

**Dr. Norbert Nieszery, SPD:** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Auf die Bundespolizei kommen große strukturelle und organisatorische Änderungen zu, die aus verschiedenen Gründen bedingt sind. Zum einen wächst die Aufgabenlast für die Bundespolizei bei gleichzeitig schwieriger Haushaltslage im Bund. Des Weiteren treten verschiedene Staaten dem Schengen-Abkommen bei, sodass sich die EU-Außengrenze weiter ostwärts verschiebt. Und letztendlich will der Bundesinnenminister die Mobilität und auch die Einsatzbereitschaft der Bundespolizei ganz erheblich stärken.

Damit Sie ein Bild bekommen, wie die Bundespolizei momentan strukturiert ist, gebe ich Ihnen mal einen kleinen Überblick: Als Bundesbehörde wird die Bundespolizei geführt als Abteilung im Bundesinnenministerium. Flächig vertreten sind bisher fünf Bundespolizeipräsidien in der ganzen Bundesrepublik, die wiederum in Ämter untergliedert sind und dann schließlich in Inspektionen.

Der bislang veröffentlichte Vorschlag des Bundesinnenministers sieht vor, dass es künftig nur noch ein Bundespolizeipräsidium geben wird. Das heißt, dass die ganzen bisherigen Präsidien und Ämter zusammengefasst werden zu einer Führungsstruktur, die dann in regionale Bundespolizeidirektionen aufgeteilt werden, die ganz sicher nicht der Anzahl der Bundesländer entsprechen werden, sondern erheblich weniger sein werden. Und zusätzlich gibt es sozusagen funktionale Direktionen, in denen Sondereinheiten wie beispielsweise die GSG 9 und die Fliegerstaffeln zusammengefasst werden und auch die Einsatzabteilungen.

Was uns hier besonders interessiert, ist natürlich die Neustrukturierung der Ausbildung innerhalb der Bundespolizei. Dort ist vorgesehen, eine Bildungsakademie zu gründen, die verschiedene Zweigstellen haben kann. Bislang hat jedes Präsidium dieser fünf Präsidien, die existieren, ein Aus- und Fortbildungszentrum innerhalb des Präsidiums integriert. Auch da wird es zu erheblichen Einschnitten kommen. Es wird davon ausgegangen, dass maximal nur noch zwei bis drei Aus- und Fortbildungszentren in der Bundesrepublik neben dem Zentralstandort der Akademie Lübeck vorgehalten werden. Deswegen auch heute der Dringlichkeitsantrag. Wir wollen als Land darauf aufmerksam machen, dass wir eines der modernsten und besten Aus- und Fortbildungszentren der Bundespolizei hier bei uns im Land haben, nämlich in Neustrelitz, in das im Verlauf der letzten Jahre sehr, sehr viel Geld investiert wurde, und wir großes Interesse daran haben, diesen Standort zu erhalten. Ich konnte mich selbst von der Qualität der Ausbildung überzeugen, die dort geleistet wird, denn ich habe selber ja mal ein paar Jahre bei dem Verein gedient und ich weiß, welche Fortschritte die Ausbildung der Bundespolizei genommen hat.

Ich möchte Sie deshalb ganz herzlich bitten, diesen Antrag zu unterstützen, damit der Bundesinnenminister eine kleine Entscheidungshilfe aus Mecklenburg-Vorpommern mitnimmt bei der Neustrukturierung der Bundespolizei, denn schon Ende März, und deswegen auch die Dringlichkeit, soll die von ihm eingesetzte Arbeitsgruppe erste Hinweise geben auf die künftige Struktur der Bundespolizei.

Der von der PDS eingereichte Änderungsantrag ist natürlich hilfreich und unterstreicht letztendlich unser Anliegen auch im Hinblick auf die Neugestaltung der Bundespolizei bezüglich der bisherigen Grenzsicherung nach Tschechien und nach Polen, weil auch dort erhebliche Auswirkungen auf die Struktur der Bundespolizei insbesondere in unserem Land zu erwarten sind.

Ich möchte mich abschließend noch einmal ganz herzlich bei allen Fraktionen, insbesondere bei der Fraktion der FDP bedanken, dass sie diese Dringlichkeit unterstützt haben. Das tue ich deswegen bei der FDP ausdrücklich, weil diese Fraktion auf einen Redebeitrag zu diesem Thema verzichten wird. Ich bitte nochmals um Unterstützung zu diesem Antrag und bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, CDU und Linkspartei.PDS)

**Vizepräsident Andreas Bluhm:** Danke schön, Herr Abgeordneter.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 60 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Als Erster hat ums Wort gebeten der Innenminister des Landes Mecklenburg-Vorpommern Herr Caffier. Bitte schön, Herr Minister.

**Minister Lorenz Caffier:** Herr Präsident! Meine Damen und Herren Abgeordneten! Gestatten Sie, bevor ich zum eigentlichen Beitrag rede, eine kurze Bemerkung am Rande, auch wenn Kollege Roof gerade nicht im Raum ist.

(Zuruf von Gino Leonhard, FDP)

Sehr wohl ist sich die Landesregierung der Stellung des Landtages und der Abgeordneten bewusst und akzeptiert und respektiert dies auch. Trotzdem, meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen von der FDP, muss es auch den Ministerinnen und Ministern möglich sein, Darstellungen, die nachweislich falsch gewesen sind, so darzustellen, dass der Minister oder die Ministerin eine sachliche Form der Darstellung hat.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und CDU)

Welche Form meine Kolleginnen und Kollegen dazu wählen, ist jedem Minister selbst überlassen. Insofern kann ich keinen Verstoß seitens meiner Kollegin erkennen, was die Form im Umgang mit Parlamentariern betrifft,

(Rudolf Borchert, SPD: Richtig.)

und bitte einfach, dies auch so zu respektieren. Auch dies hat ein Stück mit dem Umgang miteinander zu tun. Insofern, glaube ich, tun wir uns keinen Gefallen, wenn wir gegenseitig mit Vorwürfen arbeiten und so ein Stück der Vertrauensbasis gegenseitig konterkarieren.

(Heiterkeit bei Udo Pastörs, NPD)

Insofern möchte ich mich noch einmal nachdrücklich hinter Frau Keler stellen und sagen, die Form der Auseinandersetzung muss gewahrt bleiben. Es muss uns auch die Möglichkeit gegeben werden, dass wir nachweisliche Falschdarstellungen richtig stellen können.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Rudolf Borchert, SPD: Ja.)

Vielen Dank.

Meine Damen und Herren, der vorliegende Antrag zum Erhalt des Aus- und Fortbildungszentrums der Bundespolizei Neustrelitz steht in voller Übereinstimmung mit meiner Auffassung und der Auffassung der Landesregierung, sowohl als verantwortlicher Innenminister als auch als Landtagsabgeordneter aus der Region.

Lassen Sie mich zunächst kurz die Fakten rekapitulieren: Absicht des Bundesinnenministeriums ist es, die Organisation der Bundespolizei zugunsten der polizeilichen Präsenz zu optimieren. Wesentliche Gründe hierfür sind wachsende Aufgaben im Terrorismusabwehrbereich sowie knapper werdende Ressourcen. Dieses Szenario muss zwangsläufig zu einem Nachdenken über neue Organisationsformen führen und auch wir, meine lieben

Kolleginnen und Kollegen, werden in naher Zukunft nicht umhinkommen, über neue Formen und Strukturen auch in unserer Polizei zu diskutieren. Das Ziel, das der Bundesinnenminister verfolgt, findet grundsätzlich meine volle Unterstützung. Die Polizei des Bundes soll schlank und effizient aufgestellt sein und dabei ihr operatives Geschäft und die polizeiliche Präsenz stark betonen. Dies dient den Bürgerinnen und Bürgern auch unseres Landes. Einer Neuorganisation, die sich negativ auf die innere Sicherheit unseres Landes auswirken sollte, würde ich energisch widersprechen.

Die Bundespolizei möchte die Aus- und Fortbildung zukünftig zentral und gestrafft von der Bundespolizeiakademie in Lübeck aus steuern. Deshalb sollen Aus- und Fortbildungszentren, voraussichtlich unter anderem auch das Aus- und Fortbildungszentrum Neustrelitz, der Bundespolizeiakademie organisatorisch zugeordnet werden. Zurzeit sind sie noch dem jeweiligen Bundespolizeipräsidenten, Neustrelitz also dem Bundespolizeipräsident Ost, zugeordnet. Auf Bundeseite erstellt derzeit eine Arbeitsgruppe ein Feinkonzept. Dies soll Ende März vorliegen. Im Feinkonzept werden detaillierte Vorschläge für die zukünftigen Strukturen und Organisationsabläufe der Bundespolizei entwickelt werden. Deshalb hat sich die Landesregierung bereits kurzfristig nach Bekanntwerden der Neuorganisation an die Bundesregierung gewandt und für den Erhalt der bewährten Strukturen in Mecklenburg-Vorpommern eingesetzt. Dies betrifft, wie es ja folgerichtig in dem Ergänzungsantrag heißt, eben nicht ausschließlich nur das Ausbildungs- und Fortbildungszentrum Neustrelitz, sondern betrifft in Gänze den Bundespolizeistandort Mecklenburg-Vorpommern.

Die Bundesregierung hat zum Ausdruck gebracht, dass sie um die besondere Bedeutung des Standortes Neustrelitz für unser Land weiß. Der Bundesinnenminister Dr. Schäuble hat mir persönlich versichert, dass die Bundespolizei auch zukünftig in Mecklenburg-Vorpommern präsent bleiben wird. Von einer Auflösung des Standortes in Mecklenburg-Vorpommern kann nicht die Rede sein. Ich hoffe zuversichtlich, dass aufgrund der Initiativen der Landesregierung, zusätzlich gestärkt durch eine breite Mehrheit des Landtages zum vorliegenden Antrag, sowohl Neustrelitz als Aus- und Fortbildungsstandort der Bundespolizei als auch der Bundespolizeistandort Mecklenburg-Vorpommern in Gänze langfristig gesichert werden können.

Ich möchte abschließend aus einem Schreiben von Bundesinnenminister Schäuble zitieren, in dem er expliziert darauf hinweist, dass er zum gegenwärtigen Zeitpunkt keine detaillierten Informationen zum Standort ausgibt, weil erst Ende März diese Standortkonzeption vorgestellt wird: „Ich darf Ihnen versichern, dass die Bundespolizei Mecklenburg-Vorpommern präsent bleiben wird. Die gute Zusammenarbeit der Polizei Ihres Landes mit der Bundespolizei wird deshalb auch in Zukunft Bestand haben. Herr Ministerpräsident Dr. Ringstorff hat vor dem Hintergrund der angekündigten Neuorganisation der Bundespolizei ebenfalls für die Präsenz der Bundespolizei in Mecklenburg-Vorpommern und die Beibehaltung der Standorte geworben. Für Ihre dargelegten Hinweise danke ich. Sie werden in die Überlegungen der Projektgruppe einbezogen.“

Also auch insofern sind wir innerhalb des Bundesinnenministeriums aktiv, uns gemeinsam für die Standorte der

Bundespolizei einzusetzen. Ich unterstütze den Antrag und wünsche mir ein möglichst breites Votum innerhalb des Landtages, dass die Bundespolizei im großen Umfang – dass die Form des Umfanges und dass die Organisation gegebenenfalls anders sind, das ist durchaus möglich, wird aber durch andere entschieden – hier im Lande erhalten bleibt. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, CDU, Linkspartei.PDS und Michael Roof, FDP)

**Vizepräsident Andreas Bluhm:** Danke schön, Herr Minister.

Es hat jetzt das Wort für die Fraktion der Linkspartei.PDS der Abgeordnete Herr Koplín. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

**Torsten Koplín,** Die Linkspartei.PDS: Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich freue mich, dass wir hier zu dieser Thematik weitestgehend an einem Strang zu ziehen scheinen und auch in eine Richtung. Und ich freue mich auch darüber, dass uns der Innenminister mit seinen Worten ein Stückchen weit Zuversicht vermittelt hat. Das ist gut. Gleichwohl, weil ich nicht so sehr ins Vertrauen gezogen werde von Herrn Schäuble, wie Sie sich denken können,

(Heiterkeit bei Rudolf Borchert, SPD:  
Das ist ja völlig überraschend. –  
Zuruf von Harry Glawe, CDU)

ich also nicht so direkt Bezug nehmen kann, habe ich mir gedacht, worauf kann ich Bezug nehmen – auf einen Dichter, der in diesem Land seit 2004 lebt. Heinz Kahlau hat einmal geschrieben: „Die Mutter aller Dinge ist der Frieden“. Und ich finde, einer solchen Sichtweise kann man zustimmen. Friedliches Zusammenleben im Großen wie im Kleinen, im unmittelbaren Umfeld ist ein elementares Grundbedürfnis, ja, ist ein Menschenrecht. Um dieses Grundbedürfnis in einer offenen Gesellschaft, Herr Pastörs, das möchte ich betonen, in einer offenen Gesellschaft gewährleisten zu können,

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

bedarf es schützender ordnender Kräfte, unter anderem der Polizei. Warum nehme ich das vorweg? Weil ich deutlich machen möchte, dass sich die Linkspartei.PDS dem Thema „Veränderung bei der Bundespolizei“ nicht durch das Bedienen vermeintlicher oder tatsächlicher Bedrohungsszenarien nähern möchte. Auch benutzen wir, da bin ich also auseinander mit Ihnen, Herr Caffier, nicht solche Wörter wie: „Die Bundespolizei muss schlanker und effizienter werden.“ Was heißt das eigentlich, schlanker werden? Heißt es, die Polizei ist derzeit behäbig? Oder effizienter, das ist ja ein Begriff für Wirtschaftlichkeit. Muss sich eine Polizei rechnen nach marktwirtschaftlichen Kriterien?

Nun, wir sagen, die Polizei muss nahe bei den Menschen sein und zugleich sollen die Bürgerrechte gestärkt werden. Wir sagen, die Polizei soll Aufgaben mit hoher Zuverlässigkeit und anerkannter Kompetenz wahrnehmen und zugleich sollen Rechtsstaatprinzipien auch durch sie untermauert werden. Und weil wir das sagen, ist es nicht egal und nicht allein eine Frage der Wirtschaftlichkeit, wo die Standorte der Bundespolizei sind. Wir sprechen uns nachdrücklich für den Standort Neustrelitz aus, weil die Polizistinnen und Polizisten dort beste Rahmenbedingungen haben und nachgewiesenermaßen die Aus- und

Fortbildung durch die Fachkräfte dort in hoher Qualität erfolgt.

(Beifall Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS)

Und was die Rahmenbedingungen betrifft: Sie sind räumlich sehr gut, flächenmäßig sehr gut. Wir haben eine moderne technische Ausstattung, wir haben Möglichkeiten des Fahrtrainings und, was ich für bedeutsam und wertvoll halte, wir haben durch die Bundespolizei am Standort eine Bereitstellung von Ausbildungsplätzen für die Region.

Wir sprechen uns für Neustrelitz aus, weil die Bundespolizei dort nicht nur Akzeptanz findet, sondern weil sie auch zur regionalen Identität gehört. Ein Schließen des Standortes würde soziale, kulturelle und ökonomische Beziehungen zerstören. Nach der Wende ist bewusst und richtigerweise darauf Wert gelegt worden, dass Bundesbehörden regional und bundesweit ausgewogen verteilt sind. Wollen wir den Föderalismus in der BRD, dann muss dieses Wort „Föderalismus“ auch alltägliche Lebenserfahrung werden. Die wirtschaftliche und demografische Entwicklung, das Schließen von so manchem Unternehmen und der Weggang oder die Umstrukturierung so mancher Behörden haben vielerorts in diesem Land zu gedrückter, wenn nicht gar zu resignierender Stimmung geführt. Und wir kämpfen als Linkspartei.PDS um den Erhalt des Standortes Neustrelitz, weil damit die Menschen Mut schöpfen können, ja, dieses Land, diese Region Mecklenburg-Strelitz hat Zukunft. Das würde damit verdeutlicht werden und wir wollen, dass das verdeutlicht wird.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Zum Änderungsantrag ein paar Worte: Wir möchten, dass dieses Bekenntnis, diese Positionierung zum Standort, zur Bundespolizei in Mecklenburg-Vorpommern insgesamt vom Innenausschuss, dem zuständigen Ausschuss, weiter begleitet wird. Ich denke, das ist ganz im Sinne des Ursprungsantrags der Koalitionäre. Auswirkungen der Strukturveränderungen auf das ganze Land sind in Betracht zu ziehen – der Ausschussvorsitzende hat ja darauf bereits Bezug genommen – und der Beitritt der Republik Polen zum Schengener Abkommen verändert natürlich die Aufgabenstellung der Bundespolizei im grenznahen Raum. Darauf müssen wir rechtzeitig eingehen und dann erübrigt es sich, dass wir hier mit Eilanträgen reagieren.

Ich betone abschließend noch mal für die Linkspartei.PDS, dass wir für eine kompetente bürgernahe Polizei eintreten. Das ist, das muss ich an dieser Stelle aber auch sagen, nicht unbedingt vereinbar mit der angestrebten gesetzlich fixierten Teilnahme der Bundespolizei an Auslandseinsätzen. Im Gegenteil, eine solche gesetzlich fixierte Teilnahme der Bundespolizei an Auslandseinsätzen würde die Grenze zwischen Bundeswehr und Polizei verwischen und die Polizei gegebenenfalls militarisieren. Das halten wir für abenteuerlich, denn auch hier gilt, wer den Wind sät, wird den Sturm ernten.

(Dr. Armin Jäger, CDU: So ist es.)

Danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD, CDU und Linkspartei.PDS)

**Vizepräsident Andreas Bluhm:** Danke schön, Herr Abgeordneter.

Es hat jetzt das Wort für die Fraktion der CDU der Abgeordnete Herr Kokert. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

**Vincent Kokert**, CDU: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich will nicht alles wiederholen, was meine Vorredner hier schon angedeutet haben. Ich möchte vorweg sagen, dass ich diese Sonderlandtagsitzung mit gemischten Gefühlen sehe. Einerseits freue ich mich natürlich, wieder unter Ihnen zu sein,

(Zuruf von Birgit Schwebs, Die Linkspartei.PDS)

und ich freue mich auch, mit Ihnen gemeinsam weiter Politik für dieses Land zu gestalten. Andersherum sage ich natürlich auch, ich hätte mir ein besseres Thema vorstellen können, als dass wir um den Fortbestand der Bundespolizeischule in Neustrelitz sprechen.

Wenn es darum geht, die Menschen in der Region hier im Landtag widerzuspiegeln, sage ich Ihnen ganz deutlich, herrscht natürlich eine hohe Unsicherheit im Raum Neustrelitz. Sie müssen einfach wissen, dass die Bundespolizei sehr verwurzelt ist in der Region um Neustrelitz. Das hat auch was mit der Geschichte zu tun. Ich denke, wir tun alle insgesamt gut daran, wenn wir hier ein überparteiliches Votum fällen für den Erhalt der Bundespolizeischule. Ich möchte einfach nur mal zwei Kennzahlen sagen, weil sie hier heute noch nicht genannt wurden: Es sind allein in den letzten Jahren 23,6 Millionen Euro in diesen Standort geflossen und es sollen weitere 15,4 Millionen Euro in diesen Standort fließen. Was das für die Kaufkraft, für die Menschen, die dort arbeiten, und die Firmen in der Region bedeutet, können Sie sich alle ausmalen.

Also mein Appell auch von dieser Stelle: Bitte stimmen Sie dem Antrag von SPD und CDU zu. Wir haben eben keine Zeit zu verlieren, der Innenminister Herr Caffier hat es ausgeführt, denn Ende März 2007 will Herr Schäuble mit den konkreten Standorten kommen und da sind wir in diesem Land ja einiges gewohnt. Ich denke, da verrate ich auch kein Geheimnis. Wenn erst mal eine Aktenlage entstanden ist, dann im Nachhinein wieder etwas umzukehren, das ist sehr, sehr schwierig, und deshalb halte ich es auch für richtig, dass sich der Landtag mit dieser Standortentscheidung beschäftigt.

Ich meine auch, dass Sie als Parlamentarier aus anderen Regionen des Landes wissen sollten, wenn Sie es denn nicht schon wissen, dass die Region um Neustrelitz zu den wirtschaftlich schwächsten in diesem Land gehört, und ich mag mir gar nicht vorstellen, dass allein die 250 Zivilangestellten aus Neustrelitz abgezogen werden. Deshalb möchte ich Sie herzlich aufrufen – wir haben ja schon einen überparteilichen Konsens gefunden, der Kollege Koplitz hat das hier schon ausgeführt –: Stimmen Sie diesem Antrag mit großer Mehrheit zu und geben Sie dem Innenminister dieses Landes und auch dem Ministerpräsidenten die Rückendeckung des Parlamentes, dass der Standort in Neustrelitz erhalten bleibt! – Haben Sie vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, CDU, Linkspartei.PDS und FDP)

**Vizepräsident Andreas Bluhm**: Danke schön, Herr Abgeordneter.

Es hat jetzt das Wort für die Fraktion der SPD der Abgeordnete Herr Körner. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

**Dr. Klaus-Michael Körner**, SPD: Herr Präsident! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Es ist nicht in meiner Kompetenz, in meinem Horizont, das Erfordernis der Umstrukturierung der Bundespolizei in irgendeiner Weise zu würdigen, zu beurteilen. Das kann ich nicht. Dazu hat der Innenminister sozusagen Sitz und Stimme, das für das Land zu tun und entsprechend in der Innenministerkonferenz mitzuwirken. Wohl aber vermag ich als Abgeordneter, nun in der dritten Periode hier im Landtag, aus Neustrelitz sehr gut einzuschätzen, was diese Einrichtung der Bundespolizei in Neustrelitz in den letzten Jahren getan hat und was sie für die Region bewirkt. Ich bin, davon können Sie ausgehen, jedes Jahr mindestens zweimal seit über zehn Jahren in dieser Einrichtung, habe also den engsten Kontakt zu diesem Standort und verfolge die Entwicklung über die Jahre hin mit. Da gab es natürlich wie überall auch Veränderungen.

Dieser Standort wurde vor über zehn Jahren zunächst als eine Einsatzeinheit konzipiert, dann ausgebaut, später wurde es ein Aus- und Fortbildungszentrum. Das hat sich mehr oder weniger reibungslos in der Öffentlichkeit so dargestellt und vom Prinzip, muss ich Ihnen sagen, ist mir persönlich um die Weiterexistenz dieses Standortes nicht bange, denn hier gibt es seit vielen Jahren eine außerordentlich hohe Qualität. An diesem Standort gibt es seit vielen Jahren eine der größten, eine der modernsten und eine der leistungsfähigsten Einrichtungen der Bundespolizei. Und, meine Damen und Herren, so etwas kann man nicht einfach von heute auf morgen auflösen. Das geht gar nicht so einfach im Vorübergehen, denn man hat kaum Alternativen, die qualitätsmäßig überhaupt an dieses Niveau in Neustrelitz heranreichen.

Dennoch gibt es seit Ende des letzten Jahres in der Öffentlichkeit wirksame Bekundungen des Bundesinnenministers, diese Dinge zu verändern. Ich hatte mich bereits Ende des letzten Jahres schriftlich an die Landesregierung gewandt, um ihr diesen Standort noch einmal besonders ans Herz zu legen. Und heute, denke ich, ist es trotz allem, trotz aller Zuversicht für den Standort gut, wenn wir nicht nur aus der Region, sondern auch aus dem Landtag heraus ein deutliches Signal an den Bundesinnenminister geben. Wir wissen, was wir an diesem Standort im Lande haben, und wir wissen, was dieser Standort auch für die Bundespolizei in Zukunft bedeuten kann.

Wenn ich jetzt als Regionalabgeordneter rede, dann kann ich sagen, dass dieser Standort neben seiner sicherlich großen wirtschaftlichen Bedeutung im Ausbildungsmarkt – das wurde bereits gesagt – eine sehr tiefe regionale Verwurzelung erreicht hat. Das macht sich fest in vielfältigen Partnerschaften im Sportbereich. Jedes Jahr finden dort, durch die Bundespolizei organisiert, mit vielen Schulen Sportveranstaltungen teilweise die ganze Nacht hindurch statt.

(Heiterkeit und Zuruf von  
Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS –  
Zuruf aus dem Plenum: Oh! – Zuruf von  
Irene Müller, Die Linkspartei.PDS)

Die Bundespolizei hat sich in einer einzigartigen Weise an der Neustrelitzer Tafel beteiligt. Das ist etwas, was man nicht hoch genug würdigen kann. Das macht sie in aller Heimlichkeit, ohne dass sie das an die große Glocke hängt. Aber ich kann hier deutlich sagen, die Neustrelitzer Tafel, an der täglich über 300 Essen ausgegeben werden, wäre ohne die Bundespolizei nicht möglich. Das

heißt, neben der polizeilichen Bedeutung gibt es eine ganz tiefe und sehr breite regionale Verwurzelung. Das wollte ich Ihnen einfach noch einmal sagen.

Ich kann namens meiner Fraktion deutlich machen, dass wir uns dem Ergänzungsantrag der PDS anschließen werden. Wir halten es einmal für wichtig, dass das Thema breiter gefasst, und zum anderen, dass auch der Innenausschuss hier beteiligt wird. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, CDU, Linkspartei.PDS und FDP)

**Vizepräsident Andreas Bluhm:** Danke schön, Herr Abgeordneter.

Es hat jetzt das Wort für die Fraktion der NPD der Abgeordnete Herr Andrejewski. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

**Michael Andrejewski, NPD:** Herr Vizepräsident! Meine Damen und Herren! Eine mögliche Schließung des Bundespolizeiausbildungszentrums in Neustrelitz ist kein isoliertes Phänomen, es ist vielmehr eins von vielen Beispielen für den Rückzug staatlicher Institutionen aus der Fläche in Mecklenburg-Vorpommern. Der Bund zieht vielleicht das Ausbildungszentrum aus Neustrelitz ab und das Land will im Rahmen der Kreisgebietsreform die Kreisverwaltung aus Städten wie Anklam, Demmin oder Grimmen abziehen. Das ist genau das Gleiche. Sie haben eigentlich keinen Grund, sich aufzuregen.

Herr Seidel hat gerade eben von OASEn gesprochen. Die Zukunftsvision ist Mecklenburg-Vorpommern als Oasenland, ein paar Oasen als Verwaltungs- und Wirtschaftsstandorte in einer Wüste. Und der Bund macht eben auch ein paar Oasen auf, wo er noch Leute ausbildet, und der Rest ist eine Wüste. Lassen Sie erst mal die Kreisgebietsreform fallen, bevor Sie dem Bund etwas vorwerfen, was Sie selbst praktizieren und was der Bund wahrscheinlich als Bundespolizeiausbildungsreform preisen wird! Sie sagen, Sie haben eine tolle Idee gehabt mit nur noch fünf Kreisgebietsverwaltungen im Lande, und der Bund sagt, wir haben auch eine tolle Idee, nur noch zwei oder drei Bundespolizeiausbildungszentren im Bund – Konzentration, Optimierung, Modernisierung, wunderbar.

Im Übrigen ist es wohl ein Scherz, dass die Politik darin bestehen soll, dass die CDU-SPD-Regierung in Schwerin die CDU-SPD-Regierung in Berlin zu irgendwas auffordert. CDU und SPD fordern sich selbst zu irgendwas auf. Das ist hohle Symbolpolitik.

Wir stimmen dem Antrag trotzdem zu, weil es sachlich richtig ist,

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

dass das Ausbildungszentrum dort bleibt, aber nicht deswegen, weil wir uns von dieser Aktion irgendwas versprechen würden. – Danke.

(Beifall bei Abgeordneten der NPD)

**Vizepräsident Andreas Bluhm:** Danke schön.

Es hat jetzt das Wort für die Fraktion der CDU die Abgeordnete Frau Schlupp. Bitte schön, Frau Abgeordnete.

**Beate Schlupp, CDU:** Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Zur Bedeutung des Bundespolizeiaus- und -fortbildungszentrums Ost am Standort Neustrelitz ist von meinen Vorrednern alles Wichtige

ausgeführt worden. Ich möchte deshalb die Gelegenheit nutzen, ausdrücklich darauf abzustellen, dass von den geplanten Organisationsänderungen bei der Bundespolizei auch Standorte von Bundespolizeiinspektionen betroffen sind. Von daher begrüße ich ganz ausdrücklich den Änderungsantrag der PDS.

Für meinen Landkreis, den Uecker-Randow-Kreis, sind dies die Standorte Pasewalk und Pomellen. Die Inspektion in Pasewalk beschäftigt derzeit immerhin circa 350 Mitarbeiter. In Pomellen hat sich über Jahre hinweg eine intensive Zusammenarbeit mit der polnischen Seite entwickelt. Auf diese Erfahrungen kann und sollte nicht verzichtet werden. Von daher bin ich sehr froh, dass der Landtag sich heute mit den möglichen Auswirkungen der geplanten Strukturreform bei der Bundespolizei auf unser Land beschäftigt, und ich hoffe auf ein klares Bekenntnis zu unseren Landesstandorten. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, CDU, Linkspartei.PDS und Michael Roof, FDP)

**Vizepräsident Andreas Bluhm:** Danke schön, Frau Abgeordnete.

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe damit die Aussprache und wir kommen zur Abstimmung.

Ich lasse zunächst abstimmen über den Änderungsantrag der Fraktion der Linkspartei.PDS auf der Drucksache 5/340. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke schön. Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion der Linkspartei.PDS auf Drucksache 5/340 einstimmig beschlossen.

Wer somit dem Antrag der Fraktionen der SPD und CDU auf Drucksache 5/262 mit den soeben beschlossenen Änderungen zustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke schön. Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Auch das ist einstimmig. Damit ist der Antrag der Fraktionen der SPD und CDU auf Drucksache 5/262 mit den soeben beschlossenen Änderungen einstimmig angenommen.

Herr Minister, damit haben Sie ein gutes Votum für die weiteren Gespräche des Hohen Hauses.

Meine Damen und Herren, wir sind damit am Schluss der heutigen Tagesordnung. Ich berufe die nächste Sitzung des Landtages für Mittwoch, den 28. März 2007, 10.00 Uhr ein. Die Sitzung ist geschlossen.

**Schluss: 12.59 Uhr**

Es fehlten die Abgeordneten Dr. Fritz Tack und Dr. Gerd Zielenkiewitz.